



Landtag von Baden-Württemberg

66. Sitzung

15. Wahlperiode

Stuttgart, Mittwoch, 24. April 2013 • Haus des Landtags

Beginn: 9:01 Uhr

Schluss: 12:22 Uhr

INHALT

Eröffnung – Mitteilungen des Präsidenten	3963	3. Aktuelle Debatte – Rot-grüne Steuerpläne für Deutschland – das Ende von Mittelstand und Mittelschicht in Baden-Württemberg – beantragt von der Fraktion der CDU	abgesetzt (3987)
Glückwünsche zum Geburtstag des Abg. Helmut Rau . .	3963		
Absetzung der Tagesordnungspunkte 2 und 3	3987		
1. Regierungsinformation zum Endlagersuchgesetz durch den Ministerpräsidenten und Aussprache	3963	4. Zweite und Dritte Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Staatshaushaltsplan von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2013 und 2014 – Drucksache 15/3250	
Ministerpräsident Winfried Kretschmann . .	3963, 3978	Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft – Drucksache 15/3364.	3987
Abg. Ulrich Lusche CDU	3967, 3986	Abg. Winfried Mack CDU	3987
Abg. Edith Sitzmann GRÜNE	3969, 3983	Abg. Andreas Schwarz GRÜNE	3989
Abg. Alfred Winkler SPD	3971	Abg. Klaus Maier SPD	3990
Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP	3973	Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP	3992
Minister Franz Untersteller	3975	Staatssekretär Ingo Rust	3993
Abg. Peter Hauk CDU	3980	Minister Winfried Hermann	3995
Abg. Andreas Glück FDP/DVP	3982	Beschluss	3996
Abg. Claus Schmiedel SPD	3984	Nächste Sitzung	3997
2. Aktuelle Debatte – Krank, kränker, Krankenhaus? Unzureichende Krankenhausbetriebskostenfinanzierung belastet Pflegepersonal und verschärft Personalabbau – beantragt von der Fraktion GRÜNE	abgesetzt (3987)		

Protokoll

über die 66. Sitzung vom 24. April 2013

Beginn: 9:01 Uhr

Präsident Guido Wolf: Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 66. Sitzung des 15. Landtags von Baden-Württemberg. Ich darf Sie bitten, Ihre Plätze einzunehmen; denn wir haben einen strammen Terminplan.

Urlaub für heute habe ich Herrn Kollegen Beck, Herrn Kollegen Dr. Bullinger, Herrn Kollegen Groh und Herrn Kollegen Schneider erteilt.

Krankgemeldet sind Herr Kollege Dr. Fulist-Blei, Kollege Hofelich und Kollege Lehmann.

Aus dienstlichen Gründen entschuldigt haben sich bis 11:30 Uhr Frau Staatssekretärin von Wartenberg und ab 9:40 Uhr Frau Ministerin Krebs.

Meine Damen und Herren, Herr Kollege Helmut Rau hat heute Geburtstag. Im Namen des Hauses gratuliere ich Ihnen, Herr Kollege, sehr herzlich und wünsche Ihnen alles Gute, vor allem Gesundheit.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Eine Zusammenstellung der **E i n g ä n g e** liegt vervielfältigt auf Ihren Tischen. – Sie nehmen davon Kenntnis und stimmen den Überweisungsvorschlägen zu. Es ist so beschlossen.

*

Im Eingang befinden sich:

1. Mitteilung der Landesregierung vom 9. April 2013 – Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK); hier: 2. berichtigte Anmeldung des Landes zum Rahmenplan 2013 (mit Fortschreibung bis 2016) – Drucksache 15/3331

Überweisung an den Ausschuss für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz und federführend an den Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft

2. Antrag der Landesregierung vom 9. April 2013 – Änderung der Abgrenzung der Geschäftsbereiche der Ministerien – Drucksache 15/3355

Überweisung an den Ständigen Ausschuss

*

Meine Damen und Herren, unter Punkt 4 unserer Tagesordnung sind die Zweite und Dritte Beratung des Gesetzentwurfs über die Feststellung eines Nachtrags zum Staatshaushalts-

plan von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2013 und 2014 vorgesehen. Sie sind gemäß § 50 unserer Geschäftsordnung mit dieser Fristverkürzung zwischen der Zweiten und Dritten Beratung des Gesetzentwurfs einverstanden. – Es erhebt sich kein Widerspruch. Dann ist es so beschlossen.

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

Regierungsinformation zum Endlagersuchgesetz durch den Ministerpräsidenten

und Aussprache

Ich erteile Herrn Ministerpräsident Winfried Kretschmann das Wort.

Ministerpräsident Winfried Kretschmann: Sehr verehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Unter dem Eindruck der fürchterlichen Katastrophe von Fukushima ist Deutschland vor gut zwei Jahren im politischen Konsens aus der zivilen Nutzung der Kernenergie ausgestiegen. Auch wenn wir nun das Kapitel der Atomkraft abschließen, werden wir mit den Folgen dieser Risikotechnologie noch lange beschäftigt sein.

Es war deshalb nur logisch und konsequent, dass wir uns parallel zum Ausstieg um die Endlagerung des atomaren Mülls kümmern.

Die Entscheidung, in Gorleben Atommüll zu entsorgen, fiel 1977, also vor mehr als 35 Jahren, vordergründig aus politischen Erwägungen. Geologische Kriterien spielten damals eine untergeordnete Rolle. Ein wissenschaftliches und ergebnisoffenes Auswahlverfahren hat es nie gegeben. Dabei ist klar: Wir müssen einen Ort finden, an dem wir diesen hochgefährlichen Müll für einen Zeitraum von einer Million Jahre sicher lagern können. Das ist ein für Menschen unvorstellbarer Zeitraum; die geschriebene Geschichte der Menschheit ist gerade einmal 6 000 Jahre alt.

Ich habe deshalb vor zwei Jahren in der Ministerpräsidentenkonferenz eine neue Suche angestoßen:

– Eine Suche, die – so habe ich damals vorgeschlagen – im nationalen Konsens erfolgt. Denn eine solche epochale Aufgabe kann nur jenseits der Parteigrenzen und einvernehmlich zwischen Bund und allen Ländern gelöst werden.

– Eine Suche, die am Ende des Prozesses zu dem Standort in Deutschland führen muss, der am sichersten ist für die Auf-

(Ministerpräsident Winfried Kretschmann)

bewahrung des in unseren Atomkraftwerken angefallenen Atommülls. Ein Export des von uns verursachten Atommülls in andere Länder verbietet sich. Wir haben den strahlenden Müll verursacht, wir müssen ihn auch verwahren.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

– Eine Suche, die deshalb keinen potenziellen Standort von vornherein ausschließt, sondern mit einer weißen Landkarte beginnt.

– Eine Suche, die also weder das Salz in Gorleben noch den Granit in Sachsen ausschließt und, ja, genauso wenig Tonformationen in unserem Land.

– Eine Suche, die offen, transparent und vor allem streng wissenschaftsbasiert erfolgen soll.

Meine Damen und Herren, wir reden hier von Zeitläufen von mehreren Hunderttausend Jahren. Es verbietet sich somit, in herkömmlichen politischen Dimensionen von ein, zwei Legislaturperioden zu denken.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Die politisch Verantwortlichen haben sich bei diesem Prozess parteiübergreifend sehr konstruktiv verhalten. Mein Dank gilt sowohl dem früheren Bundesumweltminister Norbert Röttgen, der den Mut hatte, den Prozess zusammen mit mir anzustoßen, als auch dem amtierenden Bundesumweltminister Peter Altmaier, der dem Prozess umsichtig moderierend vor zwei Wochen – am Dienstag, dem 9. April 2013 – zu einem ersten Durchbruch verholfen hat. Aber auch die Bundesspitzen von der SPD und den Grünen sowie meine Kolleginnen und Kollegen in den Ländern haben sich sehr konstruktiv in den Prozess eingebracht und den nationalen Konsens erst möglich gemacht.

Die Politik hat auf einem äußerst schwierigen Feld ihre Handlungsfähigkeit unter Beweis gestellt.

(Abg. Peter Hauk CDU: 2001!)

Das ist in einer Zeit, in der das tagespolitische Geschäft, der kurzfristige Erfolg leider zu oft zum beherrschenden Prinzip der Arbeit geworden ist, nicht hoch genug einzuschätzen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Jetzt kommt es darauf an, den nationalen Konsens Schritt für Schritt umzusetzen, und ich warne eindringlich davor, das Erreichte aufgrund von irgendwelchen kurzfristigen wahltaktischen Überlegungen wieder infrage zu stellen. Wir haben es erlebt, dass zwei Wahlen das Vorhaben immer jeweils an den Rand des Scheiterns gebracht haben. Für die in Deutschland bereits angefallenen sowie zukünftig noch anfallenden radioaktiven Abfälle muss ein Endlagerstandort gefunden werden, der den hohen Anforderungen an den langfristigen Schutz von Mensch und Umwelt gerecht wird. Eine Verlagerung der Verantwortung auf kommende Generationen ist also nicht hinnehmbar.

Meine Damen und Herren, das Land Baden-Württemberg, insbesondere das Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft, hat eine führende Rolle in dem Prozess innegehabt.

Dafür möchte ich vor allem Minister Untersteller und Ministerialdirektor Meinel an dieser Stelle ganz herzlich danken.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Die erfolgreiche Arbeit der letzten Monate fußte ausschlaggebend auf einem Eckpunktepapier aus Baden-Württemberg, das die Grundlage für die jetzt erzielte Einigung darstellte: weiße Landkarte und Einbeziehung von Gorleben in den Suchprozess; Endlagersuche auf der Basis streng wissenschaftlicher Kriterien; gemeinsame Verantwortung bzw. Konsens zwischen Bund und Ländern, also ein nationaler Konsens; Implementierung einer neuen Behördenstruktur; größtmögliche Transparenz des Prozesses; hohe Verbindlichkeit der Entscheidungen durch ein mehrstufiges Verfahren und jeweils durch Gesetz abgesicherte Verfahrensschritte durch Bundestag und Bundesrat.

Dieses Eckpunktepapier war Basis für die Aufnahme neuer Gespräche, und ausgehend von diesem grundlegenden Konsens über das Vorgehen bei der Endlagersuche legte das BMU im Januar 2012 einen ersten Gesetzentwurf vor. Der dann mehrfach modifizierte Entwurf wurde von der Bundesregierung beschlossen und wird dem Bundesrat für eine erste Beschlussfassung am 5. Juni 2013 zugeleitet. Gleichzeitig wird er im sogenannten Parallelverfahren von den Fraktionen von CDU/CSU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen in den Deutschen Bundestag eingebracht. Beide Initiativen werden im parlamentarischen Verfahren zusammengeführt; abschließend erfolgt am 5. Juli 2013 die Befassung hierüber im Bundesrat.

Meine Damen und Herren, der nun angestoßene Prozess beruht auf mehreren Grundpfeilern: Er findet – erstens – streng wissenschaftsbasiert statt und dient allein dem Ziel, am Ende den sichersten Standort für die Aufbewahrung unseres Atommülls zu finden. Dieser Prozess darf – zweitens – keinen potenziellen Standort in Deutschland ausschließen und beginnt daher, offen und transparent, mit einer weißen Landkarte. Zudem muss diese Suche nach einem Endlager – drittens – im nationalen Konsens erfolgen.

Ganz entscheidend für die Glaubwürdigkeit des Suchverfahrens und die Ermittlung des sichersten Standorts ist die Entwicklung von Kriterien, anhand derer die infrage kommenden Standorte geprüft und miteinander verglichen werden können. Würden beispielsweise die Kriterien während der Erkundung geändert, entstünde der Verdacht der Manipulation, der dann nicht mehr auszuräumen wäre. Das war einer der Fehler, die im Zuge der Erkundung in Gorleben gemacht wurden.

Um diesen Fehler nicht zu wiederholen, haben wir ein Verfahren vereinbart, in dem die Entwicklung der konkreten Kriterien der Entscheidung über die Erkundung vorausgeht. Diese schwierige Aufgabe, also die Entwicklung von konkreten Kriterien für die allgemeinen Sicherheitsanforderungen, von geowissenschaftlichen Ausschlusskriterien, von Mindestanforderungen an die geologische Formation sowie wirtsgesteinspezifischen und -unabhängigen Auswahlkriterien wird zunächst in die Hände einer hochrangig besetzten Bund-Länder-Kommission aus Politik, Wissenschaft und Gesellschaft gelegt.

Eine Grundlage der Arbeit dieser Kommission können dabei die bereits vom Arbeitskreis Auswahlverfahren Endlager-

(Ministerpräsident Winfried Kretschmann)

standorte, dem sogenannten AkEnd, bis 2002 entwickelten Kriterien sein, die allgemein anerkannt sind, jedoch im Hinblick auf den aktuellen Stand von Wissenschaft und Technik verifiziert werden müssen.

Der neue Suchprozess wird sich am Grundsatz der weißen Landkarte orientieren. Das heißt, alle bisher für untersuchungswürdig befundenen Wirtsgesteine, nämlich Salz, Ton und kristallines Gestein, müssen in allen Regionen Deutschlands berücksichtigt werden, in denen sie auftreten, um sie dann mit den oben skizzierten wissenschaftsbasierten Abschluss- und Eignungskriterien zu bewerten.

Der Standort Gorleben wird dabei in den einzelnen Stufen des Suchverfahrens wie jeder andere Standort behandelt. Er wird nicht ausgeschlossen, aber auch nicht als Referenz für andere Standorte herangezogen. So quälend dies für viele Menschen im Wendland sein mag, so ist – auch wenn der bisherige Suchprozess höchst fragwürdig war, und auch wenn ich aufgrund der mir vorliegenden Informationen große Zweifel an der Eignung von Gorleben als Endlagerstandort habe –, bislang auch der endgültige Beweis nicht erbracht, dass Gorleben ungeeignet ist.

(Abg. Peter Hauk CDU schüttelt den Kopf.)

– Da müssen Sie nicht den Kopf schütteln, Herr Kollege Hauk. Auch ich habe natürlich persönliche Meinungen zu diesem Thema. Aber darauf kommt es jetzt nicht an; das ist das Entscheidende.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Es kommt gerade darauf an, dass wir uns als Politiker in dieser Phase – das ist die schwierigste Phase, in der es insbesondere um die Kriterien geht – sehr zurückhalten und das Erarbeiten der Kriterien der Wissenschaft überlassen. Natürlich müssen wir zum Schluss die Entscheidung fällen. Denn das kann uns die Wissenschaft nicht abnehmen. Erst einmal ist es aber, wie gesagt, wichtig, dass wir es den Wissenschaftlern überlassen.

Hätten wir Gorleben im Vorfeld bereits ausgeschlossen, wäre dies das gleiche Handlungsmuster gewesen, nämlich weiter politisch statt streng wissenschaftsbasiert vorzugehen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Um gerade in Niedersachsen Vertrauen für einen wirklichen Neustart, für eine tatsächlich ergebnisoffene Endlagersuche zu schaffen, werden ab sofort die Erkundung des Salzstocks Gorleben und die vorläufige Sicherheitsanalyse gestoppt. Natürlich werden die Daten gesichert, aber sie werden nicht bewertet; es ist also ein Bau- und Erkundungsstopp. Außerdem wird es keine weiteren Castortransporte ins Zwischenlager Gorleben geben.

(Abg. Peter Hauk CDU: Was hat das damit zu tun?
Was hat das mit dem Endlager zu tun?)

– Darauf komme ich später noch zu sprechen.

Am Ende muss der allein aus wissenschaftlicher Sicht bestmögliche Standort ausgewählt werden, oder wie es der bayerische Umweltminister Huber ausdrückte: Geologie geht vor Geografie – kein Bundesland kann sich der Suche verweigern.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Sieht das auch der bayerische Ministerpräsident so?)

Dies gilt auch für Baden-Württemberg.

Ich weiß, dass dies in den letzten Wochen vielerorts für Unruhe bei Abgeordneten, Bürgermeistern und der Bevölkerung gesorgt hat. Aber es geht darum, den besten Ort für die Verwahrung der Hinterlassenschaften einer Technologie zu finden, an der nicht zuletzt Baden-Württemberg über Jahre hinweg mit einem Atomenergieanteil an der Stromerzeugung von über 50 % besonders stark beteiligt war. Da können wir uns nicht wegdrücken.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Meine Damen und Herren, diese Aufgabe kann nur jenseits der Parteigrenzen und einvernehmlich zwischen Bund und Ländern gelöst werden. Es bedarf also eines nationalen Konsenses. Denn wer glaubt, eine Lösung lediglich mit einer einfachen Mehrheit durchsetzen zu können, wird scheitern.

Das ist sicherlich etwas Außergewöhnliches. Schließlich leben wir in einer Konkurrenz- und nicht in einer Konsensdemokratie.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Ja, ja!)

Aber hier geht es nicht um den kurzfristigen Erfolg beim nächsten Wahltermin, sondern hier geht es in erster Linie um Vertrauen. Die Menschen müssen darauf vertrauen können, dass am Ende dieses Prozesses auch tatsächlich der sicherste Standort ausgewählt wird, und dieses Vertrauen können wir nur schaffen, wenn alle politischen Institutionen hinter der nun begonnenen Suche eines Endlagers stehen. Und machen wir uns nichts vor: Es wird ein sehr langer Prozess sein. Insofern kann ich alle nur dazu auffordern, jetzt dabeizubleiben und über die eigenen kurzfristigen Interessen hinaus Verantwortung zu übernehmen. Das heißt, wir müssen in den vielen Jahren immer wieder ernsthaft versuchen, das Thema streitfrei zu stellen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Der Gesetzentwurf sieht vor, in einem vierstufigen Suchverfahren einen Standort für ein atomares Endlager in der Bundesrepublik zu suchen. Durch dieses mehrstufige Verfahren und die damit verbundenen einzelnen Verfahrensschritte wird eine höchstmögliche Verbindlichkeit und Transparenz des gesamten Suchprozesses gewährleistet. Jeder entscheidende Verfahrensschritt wird jeweils vom Deutschen Bundestag durch Gesetz beschlossen und nochmals durch den Bundesrat bestätigt werden müssen. Somit wird sichergestellt, dass über den gesamten Prozess hinweg die Öffentlichkeit, der Deutsche Bundestag und die Länder beteiligt bleiben. Das ist vor allem aufgrund des langen Zeitraums von etwa 30 Jahren, den wir für diesen Prozess voraussichtlich benötigen werden, extrem wichtig. Daher haben wir uns für dieses Verfahren entschieden, in dem letztendlich die Parlamente die Entscheidung fällen.

Das Verfahren gliedert sich in vier Abschnitte. Erstens: Bund-Länder-Kommission. Eine Kommission aus Politik, Wissenschaft und Gesellschaft wird das Standortauswahlverfahren vorbereiten und dem Gesetzgeber insbesondere Vorschläge

(Ministerpräsident Winfried Kretschmann)

für materielle, wissenschaftlich fundierte Standortkriterien unterbreiten. Dieser Prozess soll bis Ende 2015 abgeschlossen sein.

Zweitens: obertägige Erkundung. Im zweiten Schritt werden anhand der von der Kommission erarbeiteten Such- und Auswahlkriterien Regionen und Standorte zur obertägigen Erkundung ermittelt. Der Deutsche Bundestag und alle Länder – gemeinsam im Bundesrat – legen sodann die Regionen und Standorte, die obertägig zu erkunden sind, fest.

Drittens: untertägige Erkundung. Anhand der Such- und Auswahlkriterien werden anschließend Standorte zur untertägigen Erkundung ermittelt. Die hierfür notwendigen berg- und wasserrechtlichen Genehmigungen sind von den zuständigen Landesbehörden zu erteilen. An dieser Stelle ist eine verwaltungsgerichtliche Klagebefugnis für betroffene Bürger und Umweltverbände eingeführt worden. Dies schien uns insbesondere deswegen erforderlich, weil Klagebefugnisse sonst erst ganz am Ende des Prozesses bestehen würden.

Die Standorte, die untertägig erkundet werden sollen, werden ebenfalls vom Deutschen Bundestag und allen Ländern gemeinsam im Bundesrat festgelegt.

Viertens: Standortauswahl. Nach Auswertung der aus der untertägigen Erkundung gewonnenen Erkenntnisse wird dem Deutschen Bundestag ein Standort zur Beschlussfassung für ein atomares Endlager vorgelegt. Der Deutsche Bundestag beschließt den Standort per Gesetz, und wiederum werden die Länder durch den Bundesrat explizit in die Entscheidung einbezogen.

So viel zu den Grundzügen des Verfahrens.

Um die Bürgerbeteiligung bei einem zeitlich derart groß dimensionierten Unterfangen auch außerhalb der Parlamente zu ermöglichen, wird ein gesellschaftliches Gremium die einzelnen Verfahrensschritte begleiten. Dieses Gremium kann alle wesentlichen Unterlagen bei der Regulierungsbehörde und beim Vorhabenträger einsehen und bewerten und damit für höchstmögliche Transparenz und zivilgesellschaftliche Beteiligung sorgen. Neben der parlamentarischen Steuerung des Verfahrens gibt es damit eine weitere begleitende Institution, die das Vertrauen der Gesellschaft in den gesamten Prozess erarbeiten und bewahren soll. Nur wenn der Jahrzehnte währende Prozess ein über diesen gesamten Zeitraum andauerndes Vertrauen der Gesellschaft genießt, kann er auch erfolgreich zu Ende geführt werden.

Entsprechend dem Verursacherprinzip sind die Erzeuger bzw. Ablieferer radioaktiver Abfälle, wie etwa Atomkraftwerksbetreiber, gesetzlich verpflichtet, die gegenwärtigen und zukünftigen Kosten für die Behandlung und den Transport radioaktiver Abfälle sowie deren Endlagerung zu tragen. Dies umfasst auch die Kosten für die Suche nach einem geeigneten Standort für ein Endlager.

Zu lange wurden die wahren Kosten der Atomkraft verschleiert, und zu lange wurde diese Hochrisikotechnologie subventioniert –

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Peter Hauk CDU: Das sind doch grüne Klischees!)

seit 1970 mit mehr als 200 Milliarden €. Heute besteht Einigkeit: Die Geschichte von der vermeintlich billigen Atomkraft hat sich als Ammenmärchen entpuppt.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Deshalb ist es richtig und überfällig, dass wir in der Endlagerfrage nun das Verursacherprinzip durchgesetzt haben.

Ein weiterer Teil des Verhandlungsergebnisses war, dass keine weiteren Castoren in Gorleben eingelagert werden.

(Abg. Peter Hauk CDU: Warum?)

Das ist eine vertrauensbildende Maßnahme

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Ach so! – Abg. Peter Hauk CDU: Ach was! Gegenüber dem Land Baden-Württemberg?)

gegenüber dem Land Niedersachsen,

(Zuruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE)

nämlich dass der Standort Gorleben tatsächlich kein Referenzstandort ist

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Wahlversprechen!)

und dass keine Vorentscheidung dadurch fällt, dass es ihn schon gibt. Ich habe immer gesagt: Wir tun bei dem Prozess so – nach dem Prinzip der weißen Landkarte –, als ob es Gorleben nicht gäbe. Es gibt nun aber Gorleben. In 30 Jahren ist sehr viel Vertrauen in die Brüche gegangen.

(Abg. Winfried Mack CDU: Weltfremd!)

Deswegen war es notwendig, auch um den Konsens mit dem Land Niedersachsen zu erreichen, das Vertrauenssignal zu geben, dass wir dort nicht weitere Castoren zwischenlagern. Wenn man das nicht macht – darüber besteht Konsens –, dann müssen sie woanders zwischengelagert werden. Das ergibt sich logischerweise daraus.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Was ist mit dem Vertrauen bei Philippsburg?)

Ich hoffe, Herr Kollege Hauk, ich habe Ihre Frage damit beantwortet. Es ist eine vertrauensbildende Maßnahme in dem Prozess gewesen.

Die zu erwartenden Rücktransporte aus den Aufbereitungsanlagen in La Hague und Sellafield, die in den Jahren 2015 bis 2018 erwartet werden, müssen daher in bereits bestehende Zwischenlager eingelagert werden.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Da werden Zwischenlager zu Endlagern!)

Dafür sind umfangreiche Genehmigungsverfahren notwendig. Die Betreiber der Zwischenlager müssen entsprechende Anträge stellen.

(Abg. Peter Hauk CDU: Warum?)

– Das ist so geregelt, sie müssen das machen.

(Ministerpräsident Winfried Kretschmann)

(Abg. Peter Hauk CDU: Warum sollen sie die stellen?)

– Warum? Weil die Politik das in einem nationalen Konsens so beschlossen hat. Das ist ganz einfach.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Ach so! So funktioniert also Konsens!)

Ich will an dieser Stelle aber auch deutlich betonen, dass sich kein Land seiner Verantwortung entziehen kann. Der hessische Ministerpräsident Volker Bouffier hat das bereits 2010 im ZDF sehr schön auf den Punkt gebracht – ich zitiere –:

Diese Belastungen kann das Land Niedersachsen nicht allein tragen. Und Solidarität – auch unter den Bundesländern – bedeutet, dass wir dann auch unsere Aufgaben erfüllen müssen. Wenn ein Zwischenlager gesucht wird, können wir als Hessen nicht von vornherein sagen, überall, aber nicht bei uns.

So weit der hessische Ministerpräsident.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Meine Damen und Herren, 50 Jahre nach dem Einstieg in die Atomenergienutzung, nach über 30 Jahren Auseinandersetzungen um Gorleben, zwölf Jahre nach dem ersten Ausstiegsgesetz und neun Jahre nach der ersten Vorlage eines Endlagersuchgesetzes ist die Zeit endlich reif für einen Neustart der Suche nach einem sicheren Endlager für hoch radioaktiven Müll in Deutschland. Mit dieser auf Initiative Baden-Württembergs gefundenen Einigung sind wir natürlich noch längst nicht am Ziel, aber bekanntlich beginnt auch der längste Weg mit einem ersten Schritt. Der ist nun getan, und der Weg ist frei für weitere Schritte, die noch kommen müssen, um tatsächlich einen wissenschaftsbasierten, transparenten, demokratisch legitimierten und mit breiter Bürgerbeteiligung ausgestatteten Prozess zu einem erfolgreichen Abschluss zu führen.

Meine Damen und Herren, wir haben den Atomstrom gemeinsam genutzt – wenn auch einige von uns gegen ihren Willen –, nun müssen wir uns auch gemeinsam um die Altlasten kümmern. Da darf sich niemand aus der Verantwortung stellen. Es geht, wie gesagt, um zukünftige Generationen und nicht um den nächsten Wahltermin.

An uns wird der Prozess nicht scheitern. Wir, die Jahrzehnte gegen diese Energieform gekämpft haben, sind bereit, an der Bewältigung der Folgen einer Energie, die wir nie wollten, mitzuarbeiten. Wir strecken die Hand aus. Schlagen Sie alle ein, und lassen Sie uns die Folgen dieser Energie gemeinsam über Parteigrenzen, über Ländergrenzen und über Regionalinteressen hinweg für die Zukunft unserer Kinder, Kindeskinde und deren Kinder so gut wie irgend möglich bewältigen.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Winfried Mack CDU: Landesinteressen sind keine regionalen Interessen!)

Präsident Guido Wolf: Das Präsidium hat für die Aussprache eine Redezeit von zwölf Minuten je Fraktion festgelegt.

Ich erteile in der Aussprache nach § 83 a Absatz 3 der Geschäftsordnung dem Kollegen Lusche für die CDU-Fraktion das Wort.

Abg. Ulrich Lusche CDU: Gestern waren es noch 15 Minuten Redezeit.

Präsident Guido Wolf: Heute sind es zwölf Minuten.

(Vereinzelte Heiterkeit)

Abg. Ulrich Lusche CDU: Heute sind es zwölf Minuten. So kann es gehen. – Sehr geehrter Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen, Herr Ministerpräsident! Ich bin Ende des Jahres 1968 geboren. Etwa zu dieser Zeit ging in Obrigheim das erste baden-württembergische Kernkraftwerk ans Netz. Die Nutzung der Kernenergie begann in Garching im Jahr 1957, noch deutlich früher. Bereits in das Jahr 1967 – das konnte man gestern in der Zeitung lesen – fällt die bisher einzige und hoffentlich auch letzte Verklappung von deutschem Atommüll ins Meer; auch das hat man einmal gemacht. Noch frühere Varianten der Entsorgung bzw. Vorschläge zur Entsorgung, etwa durch Abwurf des Mülls über dem Südpol, wurden Gott sei Dank vor ihrer Realisierung verworfen.

Sie haben es bereits gesagt: Wir haben die Energieform Atomkraft Jahrzehnte genutzt. Die Frage der Endlagerung ist aber nach wie vor ungeklärt.

Heute, am 24. April 2013, rede ich jetzt als Mittvierziger dazu, dass Sie es uns als großen Erfolg schildern, dass sich Bund und Länder auf ein komplett neues Suchverfahren für ein Endlager für hoch radioaktive Abfälle geeinigt haben. Ich finde, das ist schon bemerkenswert.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Denn in der Tat kann ich Ihnen zustimmen, dass unsere Verantwortung in Deutschland für die sicherstmögliche Aufbewahrung des in unseren AKWs angefallenen Atommülls eine epochale nationale Aufgabe ist. Ganz unabhängig von der Länge der Laufzeiten der deutschen AKWs war sie dies allerdings von Anfang an, von dem Zeitpunkt an, zu dem man mit der Nutzung der Atomkraft begann.

In diesem Zusammenhang hat sich die Politik – ich sage durchaus: insgesamt – bei der Frage der Endlagerung nicht nur mit Ruhm bekleckert. Zwar zeichnet sich für die mengenmäßig überwiegende Gruppe von mittel und schwach radioaktiven Abfällen ab, dass das Endlager Konrad hoffentlich ab 2019 in Betrieb gehen kann. Auf der Suche nach einem Endlager für die hoch radioaktiven Abfälle sind hingegen viele politische Schlachten geschlagen und 1,6 Milliarden € allein in Gorleben investiert worden. Aber wir reden hier heute über einen Neustart.

(Abg. Peter Hauk CDU: Weiße Landkarte!)

Das ist, Herr Ministerpräsident, meine ich, nicht nur Grund, besonders stolz zu sein.

An dieser Stelle kann ich Ihnen auch nicht ersparen, dass es – Sie wissen, was kommt – gerade die rot-grüne Bundesregierung war, die mit dem Moratorium für Gorleben aus politischen und nicht aus wissenschaftlichen Gründen die laufende Erkundung des Salzstocks Gorleben unterbrochen hat und

(Ulrich Lusche)

somit wichtige weitere Zeit ungenutzt hat ins Land gehen lassen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Dabei haben Sie vorhin völlig zu Recht gesagt:

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Was hat denn die Umweltministerin Merkel gemacht?)

Es ist bislang der Beweis nicht erbracht, dass Gorleben ungeeignet ist.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Was hat denn die Merkel gemacht?)

Nach allem, was wir wissen, spricht vielmehr der überwiegende Teil dafür, dass bei aller Kritik am Verfahren das Salz in Norddeutschland für Deutschland der geeignetste Standort für ein Endlager ist. Deshalb ist es gut und auch unverzichtbar, dass ein weiteres Suchverfahren Gorleben unbedingt mit einbeziehen muss.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Insofern kann ich Ihnen für den jetzt gefundenen Kompromiss der weißen Landkarte zwar die grundsätzliche Zustimmung der CDU-Landtagsfraktion signalisieren. Wir hatten aber in der Vergangenheit gute Gründe, und wir haben die gleichen guten Gründe auch heute, dass wir im Ergebnis keine Endlagermöglichkeit in den in Baden-Württemberg vorgeschlagenen Gesteinsformationen sehen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP – Zuruf des Abg. Thomas Marwein GRÜNE)

Die Gründe sind hinlänglich bekannt. Nur kursorisch: Nach Einschätzung des Landesamts für Geologie, Rohstoffe und Bergbau sind die kristallinen Gesteine im Land aufgrund der ungünstigen Eigenschaften, die Salzvorkommen im Land aufgrund ihrer geringen Mächtigkeit, Ausdehnung und zu geringen Tiefenlage ungeeignet. Beim Ton besteht das gleiche Bild: wesentliche Einschränkung aufgrund ungünstiger Mächtigkeit, Einschränkung wegen über- und unterlagernder Grundwasserleiter etc. Hinzu kommt die Erdbebengefahr.

(Lachen bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Jetzt lacht man!)

– Da lachen Sie. Das ist bemerkenswert.

Deshalb ein grundsätzliches Ja zur weißen Landkarte, wenn das das Verfahren voranbringt. Wir erwarten aber vom baden-württembergischen Ministerpräsidenten, dass er im gleichen Atemzug die nach allen vorliegenden Erkenntnissen abzusehende fehlende Eignung baden-württembergischer Standorte ausdrücklich und offensiv anspricht,

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

so, wie das Ihr niedersächsischer Kollege auch tut. Ich zitiere aus einer Stellungnahme der niedersächsischen Landesregierung – weiße Karte –:

Die Landesregierung ist nach wie vor der Auffassung, dass der Salzstock Gorleben als Standort für die Lage-

rung von hoch radioaktivem Atommüll ungeeignet ist und endgültig aufgegeben werden muss.

(Abg. Peter Hauk CDU: So viel zu vertrauensbildenden Maßnahmen! – Zuruf des Abg. Helmut Walter Rück CDU)

Im Übrigen sei noch einmal der Hinweis gegeben, dass es bei mir in der Region, am Ober- und Hochrhein, gerade auch Grüne sind, die die Untersuchungen der Schweiz im grenznahen Tongestein – Stichwort Benken – grundsätzlich kritisch sehen, obwohl die Voraussetzungen dort, soweit wir wissen – etwa in puncto Mächtigkeit –, besser sind als in Baden-Württemberg. Mit Interesse werden wir Ihre Position auch in diesem Zusammenhang weiter verfolgen.

(Beifall bei der CDU)

Für die Kollegen von der SPD kann ich mich auf den Kollegen Stehmer aus der Sitzung des Landtags vom 8. November 2006 beziehen.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: 2006!)

Ich zitiere:

Auch wir sehen aufgrund der Untersuchungen unseres Landesamts, dass hier in Baden-Württemberg kein sicheres Endlager sein muss und sein darf.

Was wir von Ihnen im Hinblick auf die baden-württembergischen Interessen unbedingt erwarten, ist eine adäquate und frühzeitige Einbeziehung auch der Oppositionsfraktionen des Landtags in alle Aktivitäten der Landesregierung.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Zuruf von der CDU: Bravo!)

Wie Sie vorhin gesagt haben: Diese epochale Aufgabe kann nur jenseits von Parteigrenzen und in großer Transparenz erfolgreich gelöst werden.

Zum vorgesehenen Verfahren: Eine ganz zentrale Rolle für die Entwicklung der Kriterien – Sie haben es angesprochen – spielt die Kommission. Sie soll aus 24 Personen bestehen. Sie haben gesagt: „rein wissenschaftlich“. Sechs Bundestagsabgeordnete, sechs Vertreter der Landesregierungen – mir wäre es neu, dass das alles Wissenschaftler sind.

(Abg. Winfried Mack CDU: Eben!)

Vertreter der Landtage finden sich in diesem Zusammenhang aber überhaupt nicht wieder. Wir, die CDU-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg, erwarten eine klare Anstrengung der Landesregierung, dieses strukturelle Beteiligungsdefizit in geeigneter Form zu kompensieren.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Wenn wir das Verfahren mittragen sollen, müssen wir fair und umfassend mit einbezogen werden. Dass dies dringend nötig ist, zeigt übrigens die von Ihnen schon angesprochene Unruhe im Zusammenhang mit der vorgesehenen Umleitung der Castoren aus La Hague und Sellafeld nach Baden-Württem-

(Ulrich Lusche)

berg. Man muss sich nur einmal vorstellen – jetzt komme ich zu Ihnen –, eine Umweltministerin Gönner oder gar ein Ministerpräsident Mappus hätte von sich aus einfach zugesagt, für Gorleben vorgesehene und genehmigte Castortransporte nach Baden-Württemberg umzulenken, und zwar ohne vorherige Einbeziehung des Parlaments und der betroffenen Bevölkerung.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Was wäre da los!)

Aber wir erhalten ja heute insofern eine Information. Ich verstehe ja, dass Niedersachsen in diesem Punkt hart verhandelt hat, aber Sie selbst haben dann nach Ihrer Zusage ganz schnell festgestellt, dass außer in Schleswig-Holstein und in Baden-Württemberg sich offenbar niemand sonst bereitgefunden hat, einfach einmal zusätzliche Transporte und die Lagerung zu übernehmen. Sie müssen erklären, wie Sie diese Zusage machen konnten. Da können Sie nicht nur auf Verhandlungen und vertrauensbildende Maßnahmen abstellen, ohne dass Sie überhaupt verbindliche gegenseitige Zusagen der anderen Länder hatten.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Dazu kommt im Übrigen noch, dass das Ganze von der EnBW – einem landesbeteiligten Unternehmen – u. a. beantragt werden müsste. So ist es in der Tat. Gibt es bei der EnBW diese Absicht, und wenn ja, entscheidet das die EnBW autonom? Hierzu werden wir Antworten erwarten. Diesen Teil des Kompromisses, also diese Zusage „Wir nehmen einfach einmal diese 25 bzw. 26 Castoren in Baden-Württemberg auf“, tragen wir in dieser Form jedenfalls, zwischen Tür und Angel, nicht mit.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Noch einmal: Auch bei aller Notwendigkeit eines nationalen und parteiübergreifenden Konsenses muss der Ministerpräsident von Baden-Württemberg die baden-württembergischen Interessen vertreten.

(Abg. Winfried Mack CDU: Und das sind keine regionalen!)

Auch ansonsten ist vieles offen. Nach dem Kompromiss sollen 2 Milliarden € Mehrkosten von der Energiewirtschaft getragen werden. Hier haben wir wieder die EnBW. Die Energiewirtschaft muss hier ja wohl mitwirken.

Jetzt sagen Sie in der Landespressekonferenz, darum müsse sich der Bundesumweltminister kümmern. Aber so einfach geht das nicht, Herr Kretschmann. Sie können nicht hier die positiven Seiten des Kompromisses als Ihre Leistung reklamieren, die von Ihnen aber genau mit diesem Kompromiss verursacht offenen Fragen dann dem Bundesumweltminister zuschieben.

(Beifall bei der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die CDU-Fraktion hat – um dies noch einmal ausdrücklich zu sagen – in Verantwortung gerade auch für die Nutzung der Atomkraft in Baden-Würt-

temberg in den vergangenen Jahrzehnten, aber auch in Verantwortung für unsere Standorte, insbesondere auch von Zwischenlagern, ein hohes Interesse daran, dass die Endlagersuche erfolgreich vorangeht.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Dabei ist und bleibt es aber vollkommen legitim und wird von uns verlangt, dass nicht nur dieses Haus bei jedem Schritt mit einbezogen wird, sondern dass auch baden-württembergische Interessen offensiv und aktiv vertreten werden.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Nur so, Herr Ministerpräsident, werden Sie nämlich neben der unbestritten notwendigen Bildung von Vertrauen in Niedersachsen auch das Vertrauen der Bürger in Baden-Württemberg gewinnen können, wenn dort nicht der Eindruck entsteht, dass ohne Not voreilig Zusagen und Zugeständnisse gemacht werden, die die Interessen des Landes Baden-Württemberg nicht richtig abbilden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Insofern: Auch auf einer weißen Landkarte – oder vielleicht gerade auf einer weißen Landkarte – muss der Ministerpräsident des Landes Baden-Württemberg den Baden-Württembergern Orientierung bieten.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Winfried Mack CDU: Sehr gut!)

Präsident Guido Wolf: Für die Fraktion GRÜNE spricht die Kollegin Sitzmann.

Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Erst einmal meinen ganz herzlichen Dank an den Ministerpräsidenten, dass er heute, nachdem am 9. April die Bund-Länder-Einigung – wie ich finde, eine historische Einigung – in der Endlagerfrage zustande gekommen ist, hier diese Regierungsinformation gibt. Das ist richtig. Es ist auch notwendig, denn selbstverständlich betrifft das weitere Verfahren auch Baden-Württemberg.

Ich möchte die Gelegenheit nutzen, mich beim Ministerpräsidenten zuallererst für seine Initiative zu bedanken, um diesen Prozess der Endlagersuche überhaupt in Gang zu bringen. Er hat dies bereits im April 2011 – kurz nach der Landtagswahl – getan. Ich finde, das Ergebnis, das wir hier heute beraten, zeigt, dass dies ein sehr guter, wichtiger, bemerkenswerter und respektabler Schritt war. Herzlichen Dank dafür.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Der Herr Ministerpräsident hat nicht nur den Prozess in Gang gesetzt, sondern er hat in den vergangenen zwei Jahren auch in schwierigen Situationen die Gespräche, den Gesprächsfaden mit allen Beteiligten nie abreißen lassen. Er hat einen wirklich sehr wichtigen Beitrag dazu geleistet, dass es nach 35 Jahren endlich einen Konsens zwischen Bund und Ländern und auch zwischen den Fraktionen gibt, um dieses wirklich gigantische Vorhaben der Endlagersuche auf den Weg zu brin-

(Edith Sitzmann)

gen. Das ist mehr als respektabel. Das ist wirklich ein Ausweis dafür,

(Abg. Peter Hauk CDU: Abg. Edith Sitzmann hat gestern wohl den Duden bemüht, um die Superlative hervorzuheben!)

dass Baden-Württemberg auf Bundesebene und zusammen mit den anderen Bundesländern seine Verantwortung wahrnimmt und selbst in schwierigen Fragen handlungsfähig ist, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Die Einigung auf das gemeinsame vierstufige Verfahren, die erreicht worden ist, war wirklich nicht einfach. Der Ministerpräsident hat dies ausgeführt. Neben dem Ministerpräsidenten aus Baden-Württemberg und dem baden-württembergischen Umweltminister waren auch die CDU-Bundesumweltminister – erst Herr Röttgen und jetzt Herr Altmaier – federführend beteiligt, ebenso wie die Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU/CSU und FDP im Bundestag. Wir halten es für ein sehr gutes Signal, dass sich alle für dieses neue, vierstufige Verfahren ausgesprochen haben und es jetzt endlich eine Einigung gibt.

Klar ist, dass das nur mit dem Prinzip der weißen Landkarte möglich war. So, wie der Kollege Lusche jetzt argumentiert hat: „Grundsätzlich teilen wir das Prinzip der weißen Landkarte, aber Baden-Württemberg sollte man am besten ausschließen“, kann das nicht funktionieren, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Er hat aber differenziert! – Abg. Peter Hauk CDU: Das ist doch holzschnittartig! – Weitere Zurufe von der CDU)

Wie soll man einen gemeinsamen Vorschlag von Bund und allen Ländern hinbekommen, wenn jedes Bundesland für sich beansprucht, dass es bei ihm nicht geht?

(Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Der Ministerpräsident hat sehr deutlich gemacht, worum es geht, um welche Dimension es geht. Es geht darum, dass wir Atommüll für Hunderte, für Hunderttausende von Jahren sicher – ich betone: sicher – lagern müssen. Es geht darum, in einem transparenten, nachvollziehbaren Verfahren den sichersten Standort zu finden. Da gilt eben die weiße Landkarte. Nur die weiße Landkarte kann dafür sorgen, dass aufgrund der langen Lagerzeit, die wir für den atomaren Abfall brauchen, das Kriterium der Sicherheit absolut in den Vordergrund gestellt wird.

Es kann nicht funktionieren, zu sagen: „Weiße Landkarte ja, aber hier und da schließen wir bestimmte Standorte aus.“

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Abg. Peter Hauk CDU: Streng wissenschaftlich!)

– Ja, und es wird darum gehen, nach streng wissenschaftlichen Kriterien den geeigneten, sichersten Standort zu suchen.

(Abg. Peter Hauk CDU: Mit 50-prozentigem Politikanteil!)

Was ist die sicherste Möglichkeit zur Lagerung des atomaren Mülls? Am Atommüll hat Baden-Württemberg einen entscheidenden Anteil –

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Na ja!)

der Ministerpräsident hat es gesagt –: über 50 % Atomstromanteil über Jahrzehnte hinweg. Auch Baden-Württemberg hat also die Verantwortung, für den sicherstmöglichen Standort zu sorgen und dafür ein Verfahren aufzusetzen, wie es der Ministerpräsident zusammen mit anderen jetzt hinbekommen hat.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Zu der weißen Landkarte gehört auch, dass Gorleben kein Ausschlussgebiet ist. Es ist kein Referenzstandort, aber es wird auch nicht ausgeschlossen.

(Abg. Peter Hauk CDU: Ja warum denn auch?)

Das ist eben die weiße Landkarte, und nur auf dieser Grundlage war es möglich, diese Einigung zu erzielen.

Ich muss schon sagen: Wir waren mehr als erstaunt und auch schockiert, dass Sie, Herr Hauk, nach der parteiübergreifenden Einigung zwischen Bund und Ländern, einer Einigung, die nicht funktionieren kann, wenn man nur an den nächsten Wahltermin denkt, als Erstes nur kommentiert haben: „Eigentlich waren wir schon weiter. Wir hatten Gorleben.“

(Abg. Peter Hauk CDU: Es war so!)

Ich kann nur sagen: Das ist das Sankt-Florians-Prinzip: „Heiliger Sankt Florian, verschon mein Haus, zünd andere an.“ Mit Verantwortung hat das nichts zu tun, Herr Kollege.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Peter Hauk CDU: Wer hat denn das Moratorium verkündet und nichts gemacht?)

Daran erkennt man, dass es unter einer CDU-geführten Regierung nie funktioniert hätte, so ein Vorhaben, so ein Verfahren gemeinsam hinzubekommen, wenn nur das Sankt-Florians-Prinzip gilt und nicht die Verantwortung übernommen wird, die wir alle zusammen für atomaren Müll haben, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Wenn wir uns noch einmal Gorleben anschauen, sehen wir – das sehen Sie auch –, dass es damals eine Analyseliste der vordringlichen und besonders gut geeigneten Salzstöcke gab. Da war Gorleben nicht enthalten. Der damalige niedersächsische Ministerpräsident Ernst Albrecht CDU hat damals gesagt: „Das macht nichts; das ist jetzt eine politische Entscheidung.“ Das ist das Problem: In dieser Frage kann man kein Vertrauen schaffen, wenn man politische Entscheidungen trifft, statt das Kriterium der Sicherheit in den Vordergrund zu stellen. Das hat die grün-rote Landesregierung gemacht. Das haben auch die anderen Länder und der Bund gemacht. Das erwarten wir auch von Ihnen, von der CDU, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Ich hoffe, dass Sie sich nochmals gut überlegen, wie Sie in dieser Frage weiter verfahren wollen, ob Sie sich tatsächlich

(Edith Sitzmann)

aus dem Konsens von Bund und Ländern und aus dem Konsens, den es im Bundestag gibt, isolieren wollen,

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Das hat kein Mensch gesagt! Selektives Hören! – Gegenruf des Abg. Claus Schmiedel SPD)

ob Sie tatsächlich der Ansicht sind, dass Ihre CDU-Bundesumweltminister Röttgen und Altmaier nicht richtig vorgegangen sind. Ich darf zitieren, was Herr Altmaier nach der Einigung gesagt hat:

Das ist der Durchbruch. Damit wird das letzte strittige Thema des Atomzeitalters einvernehmlich geregelt.

Ich finde, dieser Aussage sollten Sie endlich beitreten, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Ich möchte noch einmal auf das Altmaier-Zitat nach dem Atomausstieg zurückkommen, der ja letztendlich erst im Frühjahr 2011 zustande kam und der mit 513 : 79 Stimmen im Deutschen Bundestag über Fraktionsgrenzen hinweg – CDU/CSU, SPD, Grüne und FDP – beschlossen worden ist. Wer diesen Ausstieg ernst nimmt, der muss auch ernst nehmen, dass wir eine Lösung für die Endlagerfrage brauchen, und der kann und muss zu dem Verfahren stehen, das jetzt vereinbart worden ist.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Kollege Lusche hat vorhin gesagt, zwischen Tür und Angel seien irgendwelche Zusagen gemacht worden. Bei dem Prozess, der jetzt zwei Jahre gedauert hat, bei dem es intensive und langwierige Verhandlungen gegeben hatte, kann man nun wirklich nicht davon sprechen, dass irgendetwas zwischen Tür und Angel entschieden worden wäre. Nein, im Gegenteil, es war ein gut, lang und intensiv verhandelter Prozess. Deshalb sind wir auch sehr froh, dass er zu diesem Ergebnis geführt hat, meine Damen und Herren.

Wenn es jetzt um die Frage der Zwischenlagerung geht – das ist angesprochen worden –, dann ist natürlich klar – der Ministerpräsident hat es gesagt –, dass auch Baden-Württemberg mit seinen Kernkraftwerken, mit dem Atommüll, den Baden-Württemberg produziert hat, eine Verantwortung hat. Baden-Württemberg hat sich deshalb grundsätzlich bereit erklärt, in den bestehenden Zwischenlagern weitere Castoren einzulagern.

Eine Zusage wurde nicht gemacht, aber es gibt ein Angebot. Diesem Beispiel müssen andere Bundesländer – außer Schleswig-Holstein, das dieses Angebot erfreulicherweise auch gemacht hat – folgen; denn sonst ist dieses Problem nicht zu lösen. Auch hier erwarten wir von Ihnen, dass wir in diesem Haus gemeinsam an einem Strang ziehen,

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Dann muss man aber in diesem Prozess die Standorte mitnehmen!)

damit wir diese wichtige Frage einvernehmlich und in einem Verfahren, das Vertrauen schafft, klären können. Nur dann können wir diesen schwierigen Weg, der jetzt mit einem ersten wichtigen Schritt begonnen wurde, erfolgreich zu Ende

führen. Ich hoffe sehr, dass Sie da mit dabei sind, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Präsident Guido Wolf: Die Redezeit war bereits beendet. Deshalb konnte ich keine Zwischenfrage mehr zulassen.

Für die SPD-Fraktion spricht Kollege Winkler.

(Abg. Peter Hauk CDU: Benken lässt grüßen!)

Abg. Alfred Winkler SPD: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Abg. Peter Hauk CDU: Benken lässt grüßen!)

Die Debatte erlaubt mir, auch auf meinen Vorredner, Kollegen Lusche, einzugehen, der zu Recht z. B. meinen Kollegen mit einer früheren Aussage zitiert hat, wir in Baden-Württemberg hätten nach Ansicht des Landesamts für Geologie, Rohstoffe und Bergbau keine geeignete geologische Formation. Lieber Kollege Lusche, genau dies ist der Punkt. Wenn jedes Land und jedes geologische Landesamt eines Landes die Definition für die Eignung festlegt, dann bekommen wir keine Standorte.

(Zuruf des Abg. Peter Hauk CDU)

Es ist der Vorteil einer sogenannten weißen Karte, dass alle die gleichen Bedingungen unter den gleichen wissenschaftlichen Vorgaben haben, um Standorte zu finden.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Aber das ist doch Wissenschaft!)

Genau das ist der Fortschritt dieses Endlagersuchgesetzes.

Meine Damen und Herren, durch den Ausstieg aus der Nutzung der Kernenergie ist eigentlich so richtig deutlich geworden, dass wir das Problem der Endlagerung noch nicht einmal annähernd so gelöst haben, wie es eigentlich der Fall sein sollte. Durch den Ausstiegsbeschluss hat sich eine erschreckende Offensichtlichkeit ergeben, obwohl das schon 1976 im Atomgesetz verankert wurde.

Aber wir hätten eigentlich schon viel früher handeln müssen. Wir hätten uns nicht erst 1976, sondern schon früher darum kümmern können und müssen. 1956 wurde das Kernforschungszentrum in Karlsruhe durch den damaligen Atomminister Strauß eingeweiht. Die Schwerpunkte der Forschung dieses Kernforschungszentrums – wir alle in der Gesellschaft und alle damaligen Parteien waren davon überzeugt, dass die friedliche Nutzung der Kernenergie eine gute Energienutzung sein wird – waren Grundlagenforschung der Kernenergie, kernphysikalische Forschung und Verfahren zur Wiederaufbereitung. Aber interessanterweise wurde überhaupt nichts zur Frage der Endlagerung gesagt. Das ist so, als ob man ein Flugzeug bauen und zum Starten und Fliegen ausrüsten, aber den Bau der Landeinrichtung auf später verschieben würde. Man baut einfach weltweit ca. 400 Kernkraftwerke, und über 50 Jahre nach der ersten kommerziellen Nutzung in Deutschland – sie erfolgte im Jahr 1961 – sind wir hinsichtlich der Endlagerung noch nicht viel weiter als am Anfang. Wir starten immer wieder von Neuem einen Suchlauf.

(Alfred Winkler)

Inzwischen sind Jahre und Milliarden Euro verfließen, und wir haben keinen geeigneten Platz. Unser Nachbarland Schweiz hingegen hat geeignete Plätze, die allerdings sehr nahe an der Grenze zu Baden-Württemberg liegen. Wenn sie dort beim Hinunterbohren nicht aufpassen, kommen sie auf unsere Seite. Die Plätze in der Schweiz sind also sehr grenznah und in Gesteinsformationen, die wir in Baden-Württemberg – ich verweise auf Frau Gönner – bisher eigentlich überhaupt nicht akzeptiert haben.

Aber wie sicher soll ein Endlager sein, das 100 000 Jahre halten muss?

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Eine Million Jahre!)

– Ich gehe von 100 000 Jahren aus, das ist schon relativ viel. Vor 10 000 Jahren wurde die Schrift erfunden. Ich weiß nicht, ob man in 100 000 Jahren noch schreiben kann oder ob man das wird lesen können, was wir heute aufschreiben. Da bin ich mir auch nicht sicher.

Sind wir überhaupt in der Lage, heute etwas zu bauen, bei dem wir garantieren können, dass es so lange hält? Wir haben die Kernkraftwerke sicherlich auch deshalb abgeschaltet, weil wir aufgrund der Unfälle wissen, dass sie nicht sicher sind, und weil in der Gesellschaft Angst vor einer höchst gefährlichen Technik besteht. Ich habe den Eindruck, dass die Angst dieser Gesellschaft vor dem radioaktiven Müll mindestens genauso groß ist. Nur, diesen können wir nicht abschalten, diesen müssen wir so entsorgen, dass wir es verantworten können.

Deshalb ist und bleibt die Endlagerung des Atommülls und das hochgiftige strahlende Erbe, das damit verbunden ist, der Hauptgrund, dass wir diese Technologie zügig zu Ende bringen wollen.

Warum haben wir nach Jahrzehnten der Suche noch kein Endlager? Nun, die Antwort heißt: In den Siebzigerjahren – damals waren noch alle Parteien beteiligt – sah der Kuhhandel zwischen Kanzler und Ministerpräsidenten so aus, dass die aus der Atomwirtschaft resultierenden Belastungen einigermaßen gleichmäßig verteilt wurden. Man teilte sich das auf: Herstellung von Brennelementen in Hessen, Wiederaufbereitung in Bayern, Schnelle Brüter in Nordrhein-Westfalen – auch wenn die Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf nicht in Betrieb und der Schnelle Brüter in Kalkar nicht ans Netz gingen, ebenso wie die Wiederaufbereitungsanlagen in England und in Frankreich auch nicht immer akzeptiert wurden.

Brennelemente müssen jedoch zwischengelagert werden, und zwar mindestens 30 Jahre lang, bis sie so weit heruntergekühlt sind, dass sie endgelagert werden können. Insofern haben alle Kernkraftwerke ihre eigene Zwischenlagerung eingerichtet.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Nicht freiwillig!)

Allerdings entsprach das Zwischenlagervolumen nicht immer der Menge der im jeweiligen Kernkraftwerk produzierten radioaktiven Abfälle.

Der Kollege Lusche hat vorhin einen schwierigen Spagat versucht zwischen der staatspolitischen Verantwortung – auch als

Vertreter einer Partei, die in der Vergangenheit zur Kernenergie stand und damit in der Mitverantwortung steht – und der glänzenden Verdienstnadel, die er sich unter Bezug auf das Sankt-Florians-Prinzip offenbar zu erwerben hofft, die damit verbunden sein könnte, wenn sich Baden-Württemberg an der Endlagersuche nicht beteiligen müsste. Dieser Spagat gelingt nicht, lieber Kollege Lusche. Man hat dabei zu sein; man hat heute die Verantwortung zu übernehmen. Die Versuchung, etwas anderes zu machen – nach dem Motto: überall, aber nicht bei uns –,

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Das hat er nicht gesagt!)

erwies sich bereits in der Vergangenheit als trügerisch. Sie sollten, auch mit Blick auf Ihr eigenes politisches Selbstverständnis, dieser Versuchung nicht weiter nachgeben.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Der Standort Gorleben hatte einen großen Vorteil: Er wurde akzeptiert, weil er nicht in Baden-Württemberg liegt, weil er nicht in Hessen liegt, weil er nicht in Nordrhein-Westfalen liegt. Das war das Hauptargument für Gorleben.

(Abg. Winfried Mack CDU: Gorleben wurde auch vor Ort akzeptiert!)

Deshalb wurde dieser Standort viele weitere Jahre lang für wichtig gehalten.

Heute wissen wir: Als Wirtsgesteine kommen Salz-, Granit- und Tonformationen infrage. Aber seit Asse wissen wir auch, dass Salzlagerstätten nicht unproblematisch sind. Auch dort kann Wasser eindringen; auch dort gibt es Probleme. Wenn wir davon ausgehen, dass die Entsorgung in nationaler Verantwortung erfolgen muss – die geologischen Formationen bestimmen die Möglichkeiten, die ein Land jeweils überhaupt hat –, dann verweise ich auf die Schweiz. Dort gibt es keine Salzformationen, sondern lediglich Granit und Ton. Jedes Land muss also die jeweils geeigneten Entsorgungsmöglichkeiten schaffen, die sich nach den jeweils vorhandenen geologischen Gegebenheiten richten müssen. Aber das ist eine nationale Aufgabe, und Baden-Württemberg gehört dazu.

Ein Viertel der deutschen Kernkraftwerke standen in Baden-Württemberg. Die Hälfte des in Baden-Württemberg produzierten Stroms stammt aus der Kernkraft. Deshalb können wir nicht ernsthaft verlangen, dass andere die Entsorgung zu erledigen haben.

Ich habe nie verstanden, dass die damalige Umweltministerin, Frau Gönner, grundsätzlich und jedes Mal wieder mit dem Finger nach Berlin gewiesen und gesagt hat: Ihr müsst die Endlagerung erledigen; ihr müsst dafür sorgen, dass wir unseren Müll loswerden.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Das ist die Zuständigkeit der Bundesebene!)

Wir sind dafür, dass sich Deutschland um die Endlagerung des in Deutschland produzierten Atommülls selbst kümmert. Mit 19 Kernkraftwerken, die in den Spitzenzeiten in Betrieb waren, sind wir, weltweit gesehen, einer der großen Produzenten von strahlendem Müll. Ich denke zwar, dass es auf dem Weg der Suche grundsätzlich sinnvoll sein kann, auch über

(Alfred Winkler)

die nationalen Grenzen hinaus zu fragen: Gibt es ideale Möglichkeiten zur Lagerung? Aber zuerst muss bei uns an Ort und Stelle gehandelt werden.

Der gesamte Prozess muss öffentlich, transparent und nachvollziehbar gestaltet werden. Hier gab es in Bezug auf Gorleben große Mängel; die Entscheidungsprozesse wurden aus politischen Erwägungen heraus durchgeführt und nicht auf der Grundlage wissenschaftlicher Kriterien. Das Verfahren in seiner gesamten Länge wurde vom Ministerpräsidenten vorhin ausführlich erläutert.

Ich bin dankbar, dass es den parteiübergreifenden Konsens gibt. Wir werden ebenfalls das Unsere tun, um diesen Prozess zu begleiten. Dieser Konsens ist wegweisend, und er kann auch nicht aufgekündigt werden. Wenn ich bereit bin, mich auf der Grundlage dieses Konsenses dem Verfahren zu unterwerfen, dann kann ich nach Erreichung eines bestimmten Verfahrensstands – bei dem sich möglicherweise eine Region in unserem Land als geeigneter Standort abzeichnet – nicht sagen: Jetzt steige ich aus dem Konsens aus. Das wäre die verlogenste aller Positionen. Das wäre verlogen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Die SPD trägt diesen Konsens mit. Dieser Konsens ist vernünftig; er zeugt von Verantwortungsbewusstsein. Wir müssen Verantwortung für den strahlenden Müll übernehmen, der auf die Generation vor uns zurückgeht, und wir sind uns dieser Verantwortung und der Auswirkungen dieser Problematik bewusst, die noch viele Generationen nach uns zu spüren haben. Wir begrüßen die Initiative des Ministerpräsidenten. Wir begrüßen das Prinzip „Weiße Landkarte“.

Das Endlagerproblem muss dringend gelöst werden, auch wenn wir das über viele Jahre verschlampt haben und meinen, wir hätten Zeit, weil sich die Endlagerung über einen sehr langen Zeitraum erstreckt. Es ist wirklich dringend.

Wir haben jede Menge zwischengelagerten Müll, der abgekühlt ist und der endgelagert gehört. Diese Generation hat zwar nicht den Einstieg in die Kernenergienutzung beschlossen, muss sich aber mit deren Folgen und dem Ausstieg herumschlagen. Wenigstens haben wir dafür zu sorgen, dass die nachfolgenden Generationen ein unverseuchtes und unverseuchtes Land bewohnen können, indem wir in Deutschland den besten Standort für diese Hinterlassenschaft finden.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Präsident Guido Wolf: Für die Fraktion der FDP/DVP spricht Herr Kollege Dr. Rülke.

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Ministerpräsident, zunächst das Verbindende, sozusagen der Konsens, den auch wir sehen: Es ist völlig richtig, wenn Sie sagen, dass uns die Folgen der friedlichen Nutzung der Kernenergie noch sehr lange beschäftigen würden. Es ist auch richtig und gut, wenn Sie sagen, wir müssten den Standort finden, der für die Aufbewahrung des in unseren Atomkraftwerken angefallenen Atom- mülls am sichersten sei. Aus diesem Grund ist es durchaus erstrebenswert, eine Suche im nationalen Konsens anzustreben.

Es stellt sich allerdings die Frage, ob dieser jetzt gefundene Konsens gut und richtig ist, und es stellt sich vor allem die Frage, ob dieser Konsens auch im Interesse des Landes Baden-Württemberg ist. Da haben wir – mit Verlaub – gewisse Zweifel.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Aus unserer Sicht wäre es besser, eine Suche an einem anderen Ort erst dann vorzunehmen, wenn Gorleben wirklich zu Ende erkundet ist. Wir haben schließlich bereits eine Menge Zeit und sehr viel Geld in die Erkundung von Gorleben investiert.

Sie sagen, Herr Ministerpräsident, die Entscheidung für Gorleben sei eine politische gewesen.

(Abg. Wolfgang Raufelder GRÜNE: So ist es auch!)

Das kam auch bei Frau Sitzmann und Herrn Winkler durch: Es war eine rein politische Entscheidung, die im Jahr 1977 getroffen wurde.

(Abg. Wolfgang Raufelder GRÜNE: Nachvollziehbar!)

Nun, Herr Ministerpräsident, Sie selbst haben in Ihrer Rede zum zitierten Eckpunktepapier gesagt, man wolle eine weiße Landkarte unter Einbeziehung Gorlebens. Weiter haben Sie in Ihrer Rede gesagt – ich zitiere –:

... so ist ... bislang auch der endgültige Beweis nicht erbracht, dass Gorleben ungeeignet ist.

Insofern kann man eben nicht behaupten, es sei damals eine rein politische Entscheidung für Gorleben gewesen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Herr Ministerpräsident, Sie sagen in Ihrer Rede selbst, es sei eine Suche, die weder das Salz in Gorleben noch den Granit in Sachsen und genauso wenig die Tonformationen z. B. in unserem Land ausschließe. Sie teilen offensichtlich das, was die damalige rot-grüne Bundesregierung anlässlich des sogenannten Atomkonsenses im Jahr 2000 festgestellt hat, dass nämlich sämtliche bisherigen Ergebnisse der Eignung des Standorts Gorleben nicht entgegenstünden und dass es seit Entstehung dieses Salzstocks vor etwa 250 Millionen Jahren – das ist also ein deutlich längerer Zeitraum als die Perspektive, die Sie heute aufgezeigt haben – beim tiefer gelegenen zentralen Teil des Salzstocks keine Veränderungen durch Außenwirkungen mehr gegeben habe. Insofern kann man hier eben nicht behaupten, es gebe wissenschaftliche Erkenntnisse dafür, dass Gorleben nicht geeignet sei.

Jetzt bieten Sie Standorte in Baden-Württemberg an.

(Der Redner hält eine Karte Baden-Württembergs hoch und zeigt darauf.)

Formationen von opalem Ton: Teile der Schwäbischen Alb, Oberschwabens und der Hegau im Kreis Konstanz. Wenn man sich die Karte des Landes anschaut, dann erkennt man die wesentlichen Schwerpunkte für mögliche Standorte: Teile der Schwäbischen Alb, die Region um Riedlingen und in der Bo-

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

denseeregion der Hegau, der Nordwesten des Kreises Konstanz. Das ist offensichtlich das Angebot der Landesregierung.

(Zuruf der Abg. Bärbl Mielich GRÜNE)

Nun hat der Kollege Winkler infrage gestellt, was das Landesamt für Geologie, Rohstoffe und Bergbau dazu sagt. Herr Kollege Winkler, ich frage Sie: Wen wollen Sie denn sonst fragen?

(Beifall bei der FDP/DVP und der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

Der Ministerpräsident hat wissenschaftliche Erkenntnisse beschworen. Kollege Lusche hat dann herausgestellt, die dazu eingerichtete wissenschaftliche Kommission sei zur Hälfte mit Politikern besetzt. Wenn dann Wissenschaftler etwas sagen, ist Ihnen das nicht recht, wenn das nicht in Ihr politisches Konzept passt. Die wissenschaftlichen Erkenntnisse gehen in die Richtung, dass der gesamte Rheingraben und die Schwäbische Alb als Erdbebengebiet gelten. Das sollte man an dieser Stelle nicht vernachlässigen.

Vorhin wurde gelacht, als der Kollege Lusche auf die Erdbebengefahren hingewiesen hat. Gehen Sie einmal nach Singen. Gehen Sie einmal in den Kreis Konstanz. Lachen Sie dort. Dann werden Sie sehen, wie die Menschen dort darauf reagieren.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Beim GKN wurde auch immer von Erdbeben gesprochen!)

Außerdem weist dieser gesamte genannte Bereich zu hohe Wasseraufkommen auf. Das Landesamt für Geologie, Rohstoffe und Bergbau hat im Jahr 2009 festgestellt, dass die Salzschieben in der Region Heilbronn/Neckarsulm und die Tonschichten rund um Riedlingen und Ulm sowie im Hegau bei Singen Wasser führen und vor allem von der Gesteinsstärke her nicht ausreichend seien. Welcher Erkenntnisse bedarf es noch, um die Standorte im Land Baden-Württemberg auszuschießen, meine Damen und Herren?

Wir sind der Auffassung, dass Gorleben zunächst einmal zu Ende erkundet werden muss, und zwar insbesondere deshalb, weil die Argumente für die Standorte in Baden-Württemberg deutlich schlechter sind als die Argumente für den Standort Gorleben.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Wie soll der Beweis für die Nichteignung von Gorleben erbracht werden, wenn Sie dort – wie auch die rot-grüne Bundesregierung vor gut zehn Jahren – immer wieder den Erkundungsstopp durchsetzen?

(Zuruf der Abg. Bärbl Mielich GRÜNE)

Sie haben alle Verfahren abgebrochen, weil Sie offensichtlich – zumindest damals – nicht an einer Lösung interessiert gewesen sind, sondern nur an dem Problem.

Baden-Württemberg – so ein weiteres Argument – ist mit einem Anteil der Kernenergie an der Stromerzeugung von über 50 % besonders daran beteiligt gewesen, dass radioaktiver Ab-

fall entstand. Daraus leiten Sie ab, dass es notwendig sei, dass Baden-Württemberg sozusagen freiwillig besondere Lasten bei der Endlagerung übernehme.

(Zuruf des Abg. Alfred Winkler SPD)

Meine Damen und Herren, wir hatten schon erhebliche Belastungen bei der Produktion. Daraus ergibt sich doch nicht automatisch, dass wir auch besonderen Belastungen – –

(Abg. Bärbl Mielich GRÜNE: Was? Das ist doch wohl das Allerletzte! Das gibt es doch wohl nicht! – Zuruf des Abg. Alfred Winkler SPD)

– Wir hatten die Standorte für Kernkraftwerke. Sie sprechen von einem nationalen Lastenausgleich; hier komme ich zumindest nicht zu dem Ergebnis, dass wir dann zwangsläufig auch besondere Lasten bei der Endlagerung übernehmen müssten, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Konrad Epple CDU – Abg. Bärbl Mielich GRÜNE: Das ist doch nicht zu fassen!)

Im Übrigen hat der Ministerpräsident das Verursacherprinzip beschworen,

(Abg. Bärbl Mielich GRÜNE: Das ist doch nicht zu glauben! – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

wonach alle Kosten an die Kraftwerksbetreiber und damit auch an die EnBW weiterzureichen seien. Ich frage Sie, Herr Ministerpräsident: Was ist mit dem Vertrauensschutz? Die Kraftwerksbetreiber, so auch die EnBW, haben die Kosten von 1,6 Milliarden € für die Erkundung von Gorleben aufs Auge gedrückt bekommen. Man hat ihnen gesagt: „Ihr müsst diese Erkundung finanzieren.“ Jetzt plötzlich sagen Sie: „April, April! Alles wieder auf null. Die weiteren Kosten, die Kosten für die Neuerkundung habt ihr auch zu tragen.“

Ich frage Sie, Herr Ministerpräsident: Werden Sie in das operative Geschäft der EnBW eingreifen? Oder wie stellen Sie sich diese ganzen Prozesse vor, die notwendig sind – so auch in Philippsburg, wenn es beispielsweise darum geht, eine neue, eine andere, eine erweiterte Genehmigung zu beantragen? Auch das sind offene Fragen, meine Damen und Herren.

Sie haben in Aussicht gestellt: „Die Rücktransporte, die für die Jahre 2015 bis 2018 erwartet werden, die Castoren, übernehmen wir, gern auch nach Philippsburg.“

Meine Damen und Herren, Sie reden immer von Bürgerbeteiligung. Der Ministerpräsident hat die Bürgerbeteiligung auch in seiner Regierungsinformation angesprochen.

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Wir transportieren es auch!)

Was ist mit der Bürgerbeteiligung in Philippsburg? Will man dort die Castoren gern haben?

(Abg. Bärbl Mielich GRÜNE: Die will niemand gern haben!)

Was ist mit der Bürgerbeteiligung im Hegau, wenn Sie erklären, dass Sie den Standort für geeignet halten? Es ist schon

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

erstaunlich, meine Damen und Herren: Früher haben sich die Grünen angekettet, wenn der Castor kam, heute singen sie das Lied „Ihr Castorlein, kommet“. So sieht es mittlerweile aus.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Muhterem Aras
GRÜNE: Quatsch!)

Philippsburg wurde versprochen, dass die Lagerung begrenzt wird, wenn die Stadt ein Zwischenlager hinnimmt. Was ist mit dem Vertrauensschutz? Mittlerweile wird den Menschen in Philippsburg erzählt: „Ihr müsst weitere Lasten übernehmen“, ohne dass dort eine Bürgerbeteiligung stattgefunden hätte.

Herr Ministerpräsident, Sie haben zu Recht gesagt, dass sich die Politik auf einem äußerst schwierigen Feld darum bemüht hat, Handlungsfähigkeit unter Beweis zu stellen. Nur frage ich mich schon, ob Sie sich nicht zu früh gefreut haben. Sie reden von einem vierstufigen Verfahren, bei dem wir aber ganz am Anfang stehen. Die erste Stufe, die Festlegung der Kriterien, hat noch nicht einmal stattgefunden. Ich erkenne am heutigen Tag, dass die Kriterien, über die geredet wird, durchaus nicht unstrittig sind. Das hat die heutige Debatte bewiesen, und das hat auch das, was der Kollege Lusche aus der niedersächsischen Landespolitik zitiert hat, bewiesen.

Aber dann beginnt es ja erst. Dann geht es los mit der zweiten Phase, der oberirdischen Erkundung. Dann folgt die dritte Phase, die unterirdische Erkundung, und am Ende wird schließlich die politische Entscheidung getroffen. Sie selbst, Herr Ministerpräsident, haben von einem Prozess von 30 Jahren gesprochen, bei dem wir ganz am Anfang stehen, bei dem die Bürgerbeteiligung noch nicht stattgefunden hat und der völlig offen ist.

Deshalb ist es absolut verfrüht, sich am heutigen Tag als der große Heils- und Konsensbringer zu feiern und zu erklären: „Wir haben das Problem gelöst.“ Sie bauen hier das Potemkinsche Dorf einer Problemlösung, das Potemkinsche Dorf einer großen nationalen Konsenslösung, das Potemkinsche Dorf eines politischen Erfolgs auf, den außer Ihnen noch niemand sieht. Insofern liegt der Verdacht nahe, dass die heutige Veranstaltung nur stattgefunden hat, um den Bundestagswahlkampf zu beflügeln. Wir wollen erst einmal Ergebnisse sehen, an denen auch die Bürger des Landes beteiligt sind, beispielsweise im Kreis Konstanz oder in Philippsburg.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Neckarwestheim auch!)

Wenn dann ein Konsens hergestellt ist, kann man hier feiern. Heute ist es hierfür mit Sicherheit zu früh.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Präsident Guido Wolf: Seitens der Regierung liegt eine Wortmeldung von Herrn Umweltminister Untersteller vor.

Minister für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Franz Untersteller: Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Dr. Rülke, zunächst einmal lassen Sie mich feststellen: Es gab und gibt kein Angebot der Landesregierung für Standorte in Baden-Württemberg, sondern es gibt für Baden-Württemberg das Angebot der Landesregierung,

ein Teil der weißen Landkarte zu sein – nicht mehr und nicht weniger. Dieses Angebot haben andere genauso gemacht.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Herr Kollege Hauk und Herr Dr. Rülke, ich habe eine dringende Bitte an Sie: Gefährden Sie nicht die Chance, diese letzte große Streitfrage in der Atomauseinandersetzung – mit all ihren bekannten negativen Begleiterscheinungen über die letzten 30 Jahre hinweg – im Konsens zwischen den vier Parteien zu lösen und das Thema auf einen guten Weg zu bringen, so, wie wir es vor zwei Jahren beim Atomausstieg gemacht haben. Meine Bitte an Sie ist: Begleiten Sie diesen Prozess positiv.

Sie tun sich und dem Land keinen Gefallen, wenn Sie solche Interviews geben wie am 9. April. Mitten in den Verhandlungen in Berlin erreichte uns eine dpa-Meldung, überschrieben mit: „CDU-Fraktionschef will keine Castortransporte nach Baden-Württemberg“.

(Abg. Peter Hauk CDU: Genau!)

Ich kann Ihnen nur sagen: Auch in den Reihen Ihrer Parteikollegen gab es nur Kopfschütteln.

(Abg. Peter Hauk CDU: Ein Zwischenlager ist nicht das Problem!)

– Ich sage gleich noch etwas dazu. – Erkundigen Sie sich selbst. Die Worte, die dort gefallen sind, erspare ich Ihnen.

(Abg. Peter Hauk CDU: Es geht doch nicht um die Partei! Es geht ums Land!)

Die erspare ich Ihnen.

(Abg. Peter Hauk CDU: Es geht ums Land, Herr Untersteller! Es geht um das Land Baden-Württemberg!)

– Ich habe Ihnen gerade gesagt: Es gibt die Chance, in dieser Frage einen Konsens hinzubekommen. Sie müssen sich die Frage stellen: Wollen Sie Teil dieses Konsenses sein? Oder wollen Sie diese „Fundi-Position“, die Sie da bislang einnehmen, weiterhin in dieser Form zum Tragen bringen?

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Sie, Herr Kollege Hauk, haben ebenfalls in einem Interview am 9. April im Deutschlandradio gesagt – ich zitiere –: „Gorleben ist der am meisten erkundete Standort.“

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das stimmt doch! Das wird niemand bestreiten! – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Kann man auch nicht bestreiten! – Abg. Peter Hauk CDU: Kann man nicht bestreiten!)

– Ich habe nicht gesagt, dass ich das bestreite. Das ist der „am meisten erkundete Standort“. Aber es stellt sich doch die Frage: Ist er auch wirklich der am besten geeignete Standort? Diese Frage ist letztendlich die entscheidende. Wieso ist das der am meisten erkundete Standort? Weil wir sonst keinen erkundet haben. Das ist doch die entscheidende Frage.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Heiterkeit der Abg. Muhterem Aras GRÜNE – Abg. Peter Hauk CDU: Vielleicht sollten Sie überlegen, warum!)

(Minister Franz Untersteller)

Lassen Sie mich auch Folgendes anmerken, Herr Kollege Hauk: Die Eignung von Gorleben konnte bislang nicht festgestellt werden. Auch die vorläufige Sicherheitsanalyse, die in den letzten Jahren durchgeführt wurde, hat nicht zu einem positiven Ergebnis in Bezug auf Gorleben geführt – auch nicht zu einem negativen –, sondern sie hat weiteren Untersuchungsbedarf deutlich gemacht.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja! Untersuchen wir weiter!)

Zweitens: International, ob von der Internationalen Atomenergie-Organisation, von der OECD oder von Euratom, wird heute ein nachvollziehbarer und transparenter Suchprozess gefordert. Diesen hat es bei der Entscheidung zu Gorleben nicht gegeben. Das ist ein ganz entscheidender Nachteil mit Blick auf Gorleben.

Herr Kollege Lusche, Sie sind Anwalt. Sie haben vorhin – das hat mich schon etwas gewundert – gesagt: „Ich lasse einmal die verfahrensrechtlichen Fragen außen vor.“ Es ist nicht ausgeschlossen – das sage ich ausdrücklich –, dass diese Verfahrensfehler im Zusammenhang mit Gorleben – nämlich die fehlende Abwägung zwischen dem Standort Gorleben und Alternativstandorten – dazu führen, dass nach Abschluss der Erkundung der Standort Gorleben rechtlich scheitern könnte. Dann hätten wir weder den Standort Gorleben noch einen anderen Standort.

Lassen Sie mich schließlich noch einen dritten Punkt erwähnen: Das Bundesverfassungsgericht und das Bundesverwaltungsgericht haben 2008 den einklagbaren Anspruch des Bürgers, der Bürgerin im Atomrecht deutlich erweitert. Diese haben nicht nur einen Anspruch auf die Einhaltung der Sicherheitsanforderungen, sondern auch darauf, dass darüber hinaus eine bestmögliche Risikominderung betrieben wird. Das heißt, die Bürgerinnen und Bürger haben nicht nur einen Anspruch darauf, dass sich ein Endlager für hoch radioaktive Abfälle eignet, sondern darauf, dass dieses Endlager die Sicherheit bestmöglich gewährleistet. Das gelingt aber nur, wenn man sich auf eine ergebnisoffene Suche in Deutschland einlässt.

Das ist, wenn wir einmal ehrlich sind, der entscheidende Grund, warum Altmaier, Röttgen und andere aus Ihrer Partei bereit waren, diesen Prozess mitzugehen. Denn sie haben natürlich auch das Risiko oder, besser gesagt, die Risiken gesehen, die es im Zusammenhang mit Gorleben gibt.

Übrigens werden auch fachliche Fragen diskutiert. Es gibt eine Reihe von Gutachten – Sie haben, Herr Rülke, vorhin auf das letzte Gutachten aus dem Jahr 2011 verwiesen –, die sich mit folgenden Fragen beschäftigen: Wie sieht es eventuell mit wasserführenden Schichten aus? Wie steht es mit den darunter liegenden Gasvorkommen, die seit 1976 bekannt sind? Haben sie einen Einfluss, ja oder nein? Wie ist es mit dem Deckgebirge? Ist das ausreichend oder nicht? Ist es möglicherweise so, dass nur die Salzschiefer als Barriere dient, weil das Deckgebirge fehlt? All diese Fragen sind im Zusammenhang mit Gorleben offen.

Deswegen rate ich dringend dazu, diesen Prozess, den wir jetzt gemeinsam aufgesetzt haben, auch positiv zu begleiten. Denn dass wir ein Endlager brauchen, ist doch hoffentlich unstrittig.

Es bringt auch nichts, Herr Kollege Hauk, da zurückzublicken, wer welche Fehler gemacht hat. Selbstverständlich haben alle Fehler gemacht. Selbstverständlich hat auch Rot-Grün – um das ganz offen zu sagen – Fehler gemacht. Das Moratorium aus dem Jahr 2002 hat dazu geführt, dass man den AkEnd mit den Fachleuten eingerichtet hat,

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Genau! Der nichts zustande gebracht hat!)

die damals die Kriterien entwickelt haben. Aber es ist kein zweiter Schritt erfolgt, nämlich der Schritt, den die Schweizer gegangen sind, der mehr oder weniger Vorbild auch für den Weg ist, den wir jetzt in Deutschland gehen wollen, nämlich auf einem auf wissenschaftlichen Kriterien basierenden Verfahren aufzusetzen. Das war ein Versäumnis. Aus meiner Sicht tragen hier alle Vorgängerbundesregierungen ihren Teil der Verantwortung.

Herr Kollege Lusche, ich habe Ihrer Rede entnommen, dass Sie diesen Prozess grundsätzlich als positiv erachten. Sie haben gesagt: „Weiße Landkarte – okay.“ Ich habe mich etwas gewundert, was Sie dann gesagt haben: „Aber bitte schön, alles, was bislang vorliegt, zeigt: Bei uns geht das nicht.“ „Weiße Landkarte“ heißt aber zunächst einmal Folgendes: Die Kriterien, die in diesem Prozess, in dieser Kommission, in den kommenden beiden Jahren festgelegt werden und zu denen es eine Vereinbarung geben wird, sind letztlich das Entscheidende für die Suche in Deutschland und für eine eventuelle Suche in Baden-Württemberg.

Ob Baden-Württemberg infrage kommt, weiß niemand von uns, weiß ich nicht und wissen Sie nicht. Es gibt drei grundsätzlich geeignete Gesteinsformationen: Salz, Ton und Granit. Entscheidend sind aber die Rahmenbedingungen und ist die Frage, ob Kriterien, die jetzt entwickelt werden, erfüllt werden oder nicht, und entscheidend sind auch die Abschlusskriterien.

Ich rate wirklich dazu, hier keinen Popanz aufzubauen, wir hätten Angebote gemacht für irgendwelche Suchflächen auf der Schwäbischen Alb oder sonst wo. Das ist doch alles kompletter Unsinn.

Herr Kollege Hauk, das Interview mit Ihnen im Deutschlandradio fand ich auch noch in einem anderen Zusammenhang bemerkenswert; das muss ich Ihnen schon sagen. Sie haben sich dabei zu der Lösung geäußert, die wir jetzt insgesamt anstreben, auch im Rahmen dieses Konsenses.

(Abg. Peter Hauk CDU: Zum Zwischenlager!)

– Auf die Frage der Zwischenlager komme ich noch ausführlich zurück. – Zunächst einmal zu Ihnen, Herr Kollege Lusche: Sie haben gesagt, wenn Tanja Gönner dies gemacht hätte, dann hätten Sie einmal hören mögen, wie die Opposition reagiert hätte.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Ja!)

Am 10. November 2010, einige Zeit vor der Landtagswahl, sozusagen noch im Vorwahlkampf, gab es eine Pressemitteilung unserer Fraktion zum Thema „Zwischenlager für Atom- und Kernmüll aus Frankreich und England“. Die Überschrift lautete:

Franz Untersteller: Verantwortung statt Sankt-Florian

(Minister Franz Untersteller)

Hintergrund war der Vorschlag des damaligen Umweltministers in Niedersachsen, Sander – FDP –, nicht mehr alles nach Gorleben zu schicken, sondern auch die anderen Zwischenlagerstandorte in Anspruch zu nehmen.

Ich zitiere aus dieser Pressemitteilung:

Es wäre mehr als angemessen, wenn der aus baden-württembergischen Atomkraftwerken stammende strahlende Müll zur Zwischenlagerung wieder an die Erzeugerstandorte zurückgebracht wird.

Ich habe also schon zu Oppositionszeiten eine klare Linie verfolgt und habe mich dafür auch kritisieren lassen. Jetzt kommt dieser Vorschlag vielleicht auch zum Tragen. Ich musste mich zu Beginn der Legislaturperiode bereits von Greenpeace dafür kritisieren lassen, dass ich nicht bereits beim letzten Transport darauf eingewirkt habe, dass dieser Vorschlag zum Tragen kam. Das hatte einen ganz einfachen Grund. Der Ministerpräsident hat es vorhin angesprochen:

Erstens ist es keine politische Entscheidung, sondern immer eine Entscheidung derjenigen, die die Genehmigung innehaben. Ergo muss die EnBW einen Antrag auf Änderung der Genehmigung stellen.

Zweitens: Ein solches Genehmigungsverfahren ist mit Öffentlichkeitsbeteiligung durchzuführen; dies zum Thema Öffentlichkeit. Das heißt, es wird, wenn es hierzu kommen sollte, ein umfangreiches Verfahren geben, an dem die Öffentlichkeit beteiligt ist. Das erfordert Zeit. Schon deshalb kam das beim letzten Mal überhaupt nicht infrage. Vielmehr habe ich schon damals gesagt, man kann, wenn überhaupt, über den Transport nachdenken, der dann 2015 ansteht.

In dem erwähnten Interview, Herr Kollege Hauk, haben Sie Folgendes gesagt – ich zitiere –:

Wir haben an jedem ... Kernkraftwerksstandort heute ein Zwischenlager ... eingerichtet. Dort gehen schon heute vielfältige Gefahren davon aus, die noch Grün und Rot zu verantworten haben.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Unglaublich! – Abg. Peter Hauk CDU: Das ist so! Sie haben doch atomisiert! Sie haben doch das Thema Zwischenlager atomisiert!)

Jetzt will ich Ihnen einmal eines sagen: Sie waren Mitglied einer Landesregierung, die damals – genauso wie das heute der Fall ist – für die Aufsicht dieser Zwischenlager zuständig war. Jetzt frage ich Sie: Haben Sie damals meine Vorgängerin darauf aufmerksam gemacht, dass nach Ihrer Auffassung von den Zwischenlagern in Philippsburg und Neckarwestheim „vielfältige Gefahren“ ausgehen? Das ist doch einfach absurd, was Sie da machen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Abg. Peter Hauk CDU: Wenn dem so ist, warum nicht in Gorleben?)

Das ist doch unglaublich! Wo waren Sie denn bei der Laufzeitverlängerung – die zu noch mehr Atommüll geführt hätte –, um diese „vielfältigen Gefahren“, die Sie sehen, zu verhindern? Wo waren Sie denn da?

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Das ist doch einfach unverantwortlich, was Sie da machen. Die Zwischenlager in Deutschland wurden in den Jahren zwischen 2002 und 2005 eingerichtet, und zwar aufgrund der Beschlüsse der damaligen Novelle des Atomgesetzes.

(Abg. Peter Hauk CDU: Genau!)

Genehmigungsbehörde war das Bundesamt für Strahlenschutz. Die Atomaufsicht über diese Anlagen obliegt den Ländern. Die sicherheitstechnische Situation dieser Anlagen, die sicherheitstechnischen Anforderungen unterscheiden sich in nichts. Die Anlage in Gorleben, das Transportbehälterlager, hat die gleichen sicherheitstechnischen Anforderungen wie die Zwischenlager an den Standorten.

(Abg. Peter Hauk CDU: Warum dann nicht nach Gorleben?)

– Das will ich Ihnen sagen. Der Herr Ministerpräsident hat es ja bereits versucht, aber offensichtlich haben Sie es nicht verstanden. Der Grund ist ziemlich einfach. Es ging und geht doch wirklich um eine vertrauensbildende Maßnahme im Zusammenhang mit der Überlegung, dass dann, wenn alles aus La Hague und Sellafield in das Transportbehälterlager nach Gorleben kommt, natürlich der politische Druck zunimmt, dass Gorleben zum Endlagerstandort wird. Das ist doch der Punkt.

(Abg. Peter Hauk CDU: Das sagen Sie!)

Um diesen Druck wegzunehmen, haben sich Teilnehmer an dieser Runde – dazu zählte Schleswig-Holstein, dazu zählte auch der Ministerpräsident von Baden-Württemberg – bereit erklärt, Verantwortung zu übernehmen, wobei der Ministerpräsident ausdrücklich deutlich gemacht hat, dass er auch von anderen erwartet, dass sie Verantwortung übernehmen.

Philippsburg ist aber genauso grenznah wie Biblis. Ich würde erwarten, dass diejenigen, die jahrelang die Kernenergie in Deutschland vorangetrieben haben, die sich für die Laufzeitverlängerung eingesetzt haben, sich jetzt, da es um die Atommüllfrage in Deutschland geht, auch dieser Verantwortung stellen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Es ist doch geradezu eine Schizophrenie der Geschichte, dass ausgerechnet die Grünen, die jahrelang gegen die Kernenergie gekämpft haben und eigentlich nichts mit dem Atommüll zu tun haben möchten, diejenigen sind, die in Schleswig-Holstein und Baden-Württemberg die Verantwortung übernehmen, während Sie sich davonstellen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Andreas Glück FDP/DVP: Sie wollten doch Regierung werden!)

Ob letztendlich Philippsburg Teil der Lösung sein wird, ist noch völlig unklar. Das ist keine Frage von irgendwelchen politischen Bereitschaftserklärungen, sondern diese Frage wird – so meine ich – heute Mittag in einem Gespräch geklärt werden, zu dem der Bundesumweltminister die vier Betreiber in Deutschland eingeladen hat.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Wer denn sonst?)

Wer denn auch sonst?

(Zuruf des Abg. Claus Schmiedel SPD)

(Minister Franz Untersteller)

Letztendlich geht es nur so, dass die Betreiber sich bereit erklären müssten, von ihren bestehenden Genehmigungen abzuweichen und Änderungsgenehmigungen zu beantragen. Übrigens gilt es eine Reihe von rechtlichen und technischen Fragen zu klären. Ebenso müsste die Frage der Kosten, die Sie angeschnitten haben, geklärt werden. Das sind alles Punkte, die es zu klären gilt. Solange dies nicht geklärt ist, ist es einfach unverantwortlich, hier mit Philippsburg zu spekulieren.

(Abg. Peter Hauk CDU: Wir haben es nicht ins Spiel gebracht!)

Philippsburg kann ein Teil der Lösung sein. Das hat der Herr Ministerpräsident ausdrücklich betont. Wir reden über fünf Behälter mit mittel radioaktiven Abfällen. In manchen Interviews von Bürgermeistern und anderen lese ich etwas von fremden abgebrannten Brennelementen. Da heißt es, man nehme nur eigenen Atommüll. Wenn dies so wäre, dann müsste man überlegen, wie viele Behälter heute in Gorleben stehen, die den einzelnen Standorten, sei es auch Philippsburg oder Neckarwestheim, zuzurechnen sind. Deshalb warne ich vor solch einer Diskussion.

Herr Kollege Rülke, von der Last, die Baden-Württemberg mit einem Anteil der Kernenergie von 50 % zu tragen hatte, habe ich in der Vergangenheit nicht viel gemerkt, als es um die Frage der Laufzeitverlängerung gegangen ist. Da haben Sie sich nicht hingestellt und gesagt: „Jetzt haben wir die Last lange genug getragen, Schluss mit Laufzeitverlängerung.“ Sie haben vielmehr der Laufzeitverlängerung das Wort geredet.

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Selbst betrieben!)

Gott sei Dank kam das dann – wie wir heute wissen – alles anders. Aber verstehen Sie: Das ist irgendwie schizophran. Auch an den Standorten war es keine Last, wenn wir ehrlich sind.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Jetzt plötzlich nicht mehr!)

Die Standorte haben vielmehr über die Jahre mit den Anlagen, die in den jeweiligen Kommunen angesiedelt waren, gut verdient.

Noch einmal: Es geht um fünf Behälter mit mittel radioaktiven Abfällen, die in Zwischenlager zurückkommen, denen dank des Ausstiegsbeschlusses von 2011 eine erheblich größere Menge an hoch radioaktiven Abfällen erspart geblieben ist. Es wäre einfach töricht, wenn man jetzt nicht sagen würde, dass man insgesamt zu einer Lösung beiträgt, die Niedersachsen in diesen Konsens einschließt. Das war der Grund für diese Lösung. Das war der Grund, weshalb der Ministerpräsident gesagt hat, dass wir bereit sind, hier Verantwortung zu übernehmen, von anderen aber auch erwarten, dass sie ebenso Verantwortung übernehmen.

Abschließend möchte ich Sie noch einmal bitten, dazu beizutragen, dass dieser Konsens zum Tragen kommt, dass er erfolgreich verläuft. Ich glaube, das ist eine Chance. Welche Chance darin steckt, sieht man grundsätzlich – auch da gibt es Schwierigkeiten beim Ablauf – beim Suchverfahren in der Schweiz für ein Tiefenendlager. Das ist eine völlig andere Form der Kommunikation und Diskussion, die dort stattfindet, als sie bei uns über all die Jahre im Zusammenhang mit Gorleben bestand.

Meine Hoffnung ist, dass wir diese Qualität von Diskussion über die Frage des Prozesses zur Endlagersuche auch in Deutschland hinbekommen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Präsident Guido Wolf: Bevor ich dem Ministerpräsidenten, der erneut um das Wort gebeten hat, das Wort erteile, weise ich darauf hin, dass durch die Dimension der Redezeit der Regierung jetzt weitere Redezeit der Fraktionen ausgelöst worden ist. Nach jetzigem Stand sind das pro Fraktion vier Minuten.

Jetzt hat der Herr Ministerpräsident das Wort.

Ministerpräsident Winfried Kretschmann: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Bei einigen hier scheint mir eine wesentliche Frage nicht ganz klar zu sein, nämlich die Frage: Was ist eigentlich ein nationaler Konsens? Natürlich besteht Einigkeit darüber, dass die Endlagerung national erfolgt. Das heißt, dass nicht jedes Bundesland, das Atomkraftwerke betreibt, selbst ein Endlager sucht. Das ist die Grundlage. Es wird national nach einem Endlager gesucht.

Was heißt nun „nationaler Konsens“? „Nationaler Konsens“ heißt: Die Entscheidungen werden auf nationaler Ebene gefällt, und die Frage, wo ein Endlager hinkommt, wird nicht regional, sondern von den Bundesorganen entschieden. Das ist das Entscheidende am nationalen Konsens. Bundestag und Bundesrat fällen diese Entscheidung. Im Bundesrat – das weiß jeder – wirken die Länder mit. Er besteht ja schließlich aus Vertretern der Länder. Das ist das Entscheidende am nationalen Konsens.

Das hat einen guten Grund: Natürlich will zunächst einmal keine Region Atommüll haben. Das ist doch offenkundig. Also können wir die Entscheidung nicht regional treffen. Sie muss von den Bundesorganen gefällt werden und darf nicht von der Region getroffen werden. Das ist der Kern des nationalen Konsenses. Anders wird es nie funktionieren.

Wer soll das Ganze denn bitte stemmen? Überlegen Sie einmal, welche Konflikte schon ein unterirdischer Bahnhof bereitet.

(Zurufe von der CDU, u. a. Abg. Karl-Wilhelm Röhm: Die sind von Ihnen künstlich erzeugt!)

Stellen Sie sich einmal vor, was dasjenige Land, dem zum Schluss ein atomares Endlager zugewiesen wird, stemmen muss.

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Das kann nur gestemmt werden, wenn dahinter ein Konsens der Parteien, der Bundesorgane, von uns allen steht. Anders kann das nicht funktionieren.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Herr Kollege Rülke, ich habe hier überhaupt nichts gefeiert. Das war ein sehr, sehr schwieriger Prozess, und ich habe gesagt: Das ist der erste Schritt dazu.

(Ministerpräsident Winfried Kretschmann)

Worauf es jetzt ankommt – das ist ganz entscheidend –, ist einzig und allein, Vertrauen zu schaffen. Das ist das Entscheidende, wofür wir sorgen müssen. Denn dieses Vertrauen ist in der Gorleben-Debatte in Jahrzehnten untergegangen.

(Abg. Peter Hauk CDU: Von wem denn?)

Darum fangen wir neu an, weil wir das Vertrauen nur in einem nachvollziehbaren, transparenten Verfahren, an dem alle mitwirken können, schaffen können. Vertrauen ist immer leicht verspielt, aber schwer wieder aufgebaut. Deswegen bitte ich alle dringend, an diesem Prozess der Vertrauensbildung mitzuwirken und ihn nicht schon von vornherein zu durchlöchern.

Die erste schwierige Frage – das haben Sie schon aufgezeigt – sind die Kriterien: Welche geologischen Formationen sind überhaupt geeignet? Jetzt ist doch ganz klar, was eintreten wird – das hat die Debatte in den anderthalb Jahren gezeigt, ist aber nicht neu –: Jeder versucht natürlich, die Kriterien so zu gestalten, dass der Müll nicht bei ihm landet. Diese Erfahrung haben wir in den anderthalb Jahren oft gemacht. Ich kann nur an alle appellieren, das nicht zu machen. Das untergräbt von vornherein den Vertrauensbildungsprozess.

Darum ist jetzt eine hochrangige Kommission eingesetzt worden, die sozusagen noch einmal von vorn anfängt. Natürlich erfinden wir hier das Rad nicht neu. Natürlich gibt es darüber eine lange Debatte, was geeignet ist, aber es kommen immer auch neue Erkenntnisse dazu. Man muss jetzt das Vertrauen in diejenigen haben, die letztlich über diese Kriterien entscheiden. Das muss stimmen, damit wir uns dann auch dahinterstellen können. Da darf nicht jeder an den Kriterien herum-schrauben, um – das ist ein durchsichtiges Manöver – zu erreichen, dass der Müll nicht bei ihm landet.

Diese Gefahr ist enorm. Ich habe mitten im Prozess erlebt, dass ein Kollege von mir auf einmal hereinkam und erklärte, warum ein bestimmtes Gestein nicht geeignet sei. 15 Minuten später war er wieder weg. Nach 30 Sekunden wussten aber alle, was er wollte: schauen, dass der Müll nicht bei ihm landet.

Deshalb mache ich keinerlei Angebote, Herr Kollege Rülke – überhaupt nicht.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Philippsburg war schon ein Angebot!)

Das wäre völlig falsch. Das habe ich nie gemacht. Das werde ich auch nie machen. Es geht vielmehr darum, dass die Fläche der gesamten Bundesrepublik Deutschland eine weiße Landkarte ist, und da gehört Baden-Württemberg bekanntlich dazu. Auch hier kann ganz normal gesucht werden. Aber erst muss man sich auf die Kriterien festlegen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Sie müssen auch Folgendes berücksichtigen: Wir müssen ja einen Standort in Deutschland finden. Aber die Geologie ist nun einmal nicht danach entstanden, dass Menschen irgendwann einmal auf die Idee gekommen sind, Atommüll zu produzieren, der dann gelagert werden muss – nach diesem Prinzip ist die Geologie leider nicht entstanden –, sondern die geologischen Gegebenheiten sind so, wie sie sind. Wir müssen in

der real existierenden Geologie einen Standort finden. Das kann nur der sicherstmögliche Standort sein.

Wir müssen bei den Kriterien aufpassen, dass wir sie nicht so weit hochzonen, dass wir in Deutschland überhaupt keinen Standort mehr finden. Auch diese Gefahr ist sehr groß. Das habe ich immer wieder denjenigen – auch aus den eigenen Reihen – gesagt, die so etwas versucht haben. Man muss da auf dem Teppich bleiben. Das muss sich nach der Geologie richten, die wir hier in Deutschland haben.

Meine Damen und Herren, das ist ein höchst fragiler Prozess. Das Schwierigste ist die Kriterienfestlegung am Anfang. Selbstverständlich wird sich da jeder einbringen, auch die Geologischen Landesämter. Es ist ja erwünscht, dass sie Sachverstand in diese Debatte einbringen. Aber die Geologischen Landesämter werden das zunächst einmal nicht entscheiden. Vielmehr wird es erst in der untertägigen Phase – das ist die dritte Stufe – dann so konzipiert sein, dass wir, auch der Landtag von Baden-Württemberg, klagen könnten, wenn der Landtag das wollte und das Verfahren nicht für richtig und nicht für transparent halten würde.

Ob hier in Baden-Württemberg Standorte geeignet sind oder auch nicht, entscheide nicht ich. Deshalb werde ich das nicht bewerten. Ich kann nur allen raten, das ebenfalls zu unterlassen. Man darf nicht von vornherein – bevor irgendein Gremium eine Expertise abgegeben hat – sagen: „Bei uns geht das aber nicht.“ Ich kann nur raten, das zu unterlassen. Die Position kann man dann an geeigneter Stelle einbringen, wenn es so weit ist.

Ich will noch einmal etwas zu Gorleben sagen: Dieser Standort – das ist ganz einfach – wird in jeder Phase des Entscheidungsprozesses genau so bewertet wie jeder andere Standort, wie jede andere geologische Formation, die untersucht wird. Da gibt es zwei Möglichkeiten: Entweder bleibt dieser Standort drin, oder er fällt in dieser Stufe heraus. Nach den Kriterien, die es dann gibt, wird entschieden, ob er herausfällt oder nicht. Das ist, glaube ich, das einzig sinnvolle, rationale Verfahren, um Vertrauen in einen solchen Prozess hineinzubringen.

Ich fasse noch einmal zusammen: Klar ist, dass so etwas in einem so breiten Konsens nicht ohne Kompromisse geht, meine Damen und Herren. Das ist doch hoffentlich jedem sonnenklar. Das geht auch nicht, ohne Vertrauen zu schaffen. Ich bitte Sie alle darum, dass wir gemeinsam an diesem Vertrauen mitwirken, dass diese Phasen eingehalten werden und wir dann mit unseren Vorschlägen in den Prozess eintreten. Da ist jeder berufen, sich mit seinem Sachverstand und seinen Auffassungen in diesen Prozess einzubringen, wenn es so weit ist.

Aber bis es so weit ist, sind wir alle aufgerufen, in den Prozess selbst Vertrauen hineinzubringen. Das ist fragil, Herr Dr. Rülke; das ist mir sehr wohl bekannt. Darum habe ich gesagt: Immer wieder muss man auf jeder Stufe versuchen, den Streit beizulegen. Das wird nicht einfach sein, aber ich sehe nicht, wie wir sonst weiterkommen. Ich bitte alle, sich konstruktiv an diesem Prozess zu beteiligen.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Präsident Guido Wolf: Unabhängig von der erfolgten Redezeitverlängerung pro Fraktion, die jetzt acht Minuten umfasst, greift jetzt noch § 82 Absatz 4, wonach die Vorsitzenden der Oppositionsfraktionen infolge der Ausführungen des Ministerpräsidenten das Recht haben, das Wort zu ergreifen.

Für die CDU-Fraktion spricht Herr Kollege Hauk.

Abg. Peter Hauk CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Um es klar zu sagen: Wir tragen diesen nationalen Konsens dem Grunde nach mit.

(Beifall bei der CDU)

Es ist in der Tat kein Durchbruch. Herr Untersteller, Sie haben vorhin aus einem Interview mit mir im Deutschlandradio zitiert, und ich sage auch hier ganz klar: Es ist ein faktischer Rückschritt gegenüber dem, was wir hatten. Wir hatten Gorbelen, und derzeit sind wir wieder beim Punkt null.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Herr Kollege Hauk, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Dr. Rösler?

Abg. Peter Hauk CDU: Ja.

Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Herr Hauk, ich habe folgende Frage: Was bedeutet Ihre Ausführung von soeben, dass Sie diesen Kompromiss nur „dem Grunde nach“ mittragen? Das heißt, nicht – –

(Unruhe)

Abg. Peter Hauk CDU: Ich würde Ihnen empfehlen, Herr Kollege Dr. Rösler, dass Sie mich das einfach einmal ausführen lassen. Kollege Lusche hat es vorhin im Übrigen auch schon klar formuliert. Sie werden es dann verstehen, hoffe ich.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, diesen Konsens tragen wir dem Grunde nach mit. Es ist auch unseren Zwischenlagerstandorten Philippsburg, Neckarwestheim, Obrigheim nicht zuzumuten, dass ein Provisorium, das Rot-Grün – Herr Trittin – zu verantworten hat, am Ende das Ergebnis sein wird. Auch die wollen hören, dass es nach der Zwischenlagerzeit ein Endlager gibt. Das ist das baden-württembergische Interesse.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der SPD sowie des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Aber nüchtern betrachtet muss man sagen: Sie haben einen Prozess angestoßen, und Sie gehen – unabhängig von der nationalen Bedeutung – als Ministerpräsident dieses Landes mit größeren Risiken aus diesem Prozess heraus, als wir hineingegangen waren. Auch das ist ein Faktum.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Ministerpräsident hat überdies – wie ich meine, ohne Not – die Frage des Endlagers mit der Zwischenlagerfrage verknüpft

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Nicht er!)

und hat ohne Not einseitig Angebote gemacht, die wir nicht gutheißen können.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Aber nicht er!)

Damit, Herr Ministerpräsident, haben Sie auch Vertrauen verspielt.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Sind Sie für den nationalen Konsens, ja oder nein?)

Damit haben Sie Vertrauen in der baden-württembergischen Bevölkerung verspielt, weil Sie genau diese Menschen, deren Beteiligung Ihnen so wichtig ist, überhaupt nicht eingebunden haben, übrigens bis zum heutigen Tag nicht.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Wischiwaschi-CDU! Florians-CDU!)

Gehen Sie einmal nach Neckarwestheim, gehen Sie nach Philippsburg, Sie werden genau diese Antwort erhalten.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Das ist ihr eigener Müll!)

Sie werden diese Antwort auch deshalb erhalten, weil, wie Sie selbst gesagt haben, der Prozess jetzt Jahre und Jahrzehnte dauert – 30 Jahre im Zweifelsfall, vielleicht sogar noch länger. Das heißt, Sie haben wieder das gemacht, was für Sie gerade günstig ist: Sie haben ein Problem heute erkannt, aber dessen Lösung auf Sankt Nimmerlein verschoben.

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Das ist unglaublich!)

Faktisch ist es eben so.

Jetzt zum Thema Vertrauen. Dieser 24-köpfigen Kommission gehören sechs Vertreter des Deutschen Bundestags und sechs Vertreter des Bundesrats an; das ist die Hälfte, nämlich 50 %. Sie haben es wie ein Mantra vorgetragen: streng wissenschaftsbasiert, streng nur an fachlichen und an geologischen Kriterien ausgerichtet. Ehrlich gesagt kommen mir bei dieser Zusammensetzung, wenn Sie das in den Vordergrund stellen, erhebliche Zweifel.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Warum sind es nicht 24 Wissenschaftler, die dies tun? Warum sträuben Sie sich, den Vorschlag des Kollegen Lusche aufzugreifen, die Landtage entsprechend zu beteiligen?

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Sind das Wissenschaftler? – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Das sind doch auch keine Wissenschaftler!)

– Auch die Landtage sollten beteiligt werden. Wer von Bürgerbeteiligung spricht,

(Abg. Ulrich Lusche CDU: „Ent oder weder“! Die Politik sollte auch dabei sein!)

kann nicht einfach sagen: „Das wird ausgeblendet.“

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich halte es für sehr bemerkenswert – –

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Kollege Hauk, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Winkler?

Abg. Peter Hauk CDU: Ja.

Abg. Alfred Winkler SPD: Kollege Hauk, einfach eine Frage auf der Grundlage eines Vergleichs: Sind Sie der Meinung, dass Sie in einer Angelegenheit, die wissenschaftlich-technisch fundierten Sachverstand erfordert, den Landtag beteiligen müssen, um die Sachverhalte festzustellen?

(Abg. Ulrich Lusche CDU: Was ist mit dem Bundestag?)

Anders gefragt: Hätten wir nicht den Landtag fragen sollen, ob wir den Stuttgarter Fernsehturm aufgrund von Sicherheitsaspekten – Brandschutz – sperren oder doch nicht sperren müssen?

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Das ist doch total daneben!)

Abg. Peter Hauk CDU: Herr Kollege Winkler, dann frage ich mich, warum denn jeweils sechs Politiker aus Bundestag und Bundesrat in der Kommission sind.

(Abg. Alfred Winkler SPD: Und noch 16 Landtage dazu?)

Sie stellen damit 50 % der Mitglieder dieser Enquetekommission. Ich frage mich, ob deren Kompetenz größer ist als die unsrige.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Als Ihre schon! – Gegenruf von der CDU: Das ist doch plump!)

Auch diese Frage muss man sich stellen.

Ich spreche von dem Vertrauen, Herr Ministerpräsident, auf das Sie so abgehoben haben. Sie sprachen davon, Vertrauen aufzubauen. Warum aber müssen wir denn Vertrauen aufbauen? Weil Sie durch Ihre Protestkultur das Vertrauen in Gorleben doch überhaupt erst zerstört haben. Das ist doch die Wahrheit.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo! – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Das ist so!)

Sie sind, politisch motiviert, über 30 Jahre hinweg das Endlagerproblem doch deshalb gar nicht angegangen,

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Die haben sich einbetonieren lassen!)

damit dieses Problem bestehen bleibt, damit die Laufzeiten der Kernkraftwerke mit diesem Argument infrage gestellt werden konnten.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Es sollte verhindert werden! – Abg. Bärl Mielich GRÜNE: Das ist ja absurd!)

Das war doch die politische Motivation.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Jochem Haußmann FDP/DVP)

Die Mittel und Wege hierfür waren Ihnen völlig egal. Diese Mittel und Wege bestanden auch darin, Vertrauen in Prozes-

se – auch in demokratische Prozesse – zu zerstören, Vertrauen in Sachverstand zu zerstören. Sie waren es doch, die die Dinge ständig infrage gestellt haben, und Sie haben nicht nur hinterfragt, sondern Sie haben auch durch Aktionen unterstrichen, dass Gorleben überhaupt nicht in Betracht komme.

(Abg. Alfred Winkler SPD: Das war ein transparenter Prozess!)

Ich begrüße außerordentlich, dass Gorleben im Suchprozess drin ist und dass die weiße Landkarte wirklich eine weiße Landkarte geworden ist. Aber ich kann überhaupt nicht nachvollziehen, weshalb Sie in der Frage der Zwischenlagerung diese Zugeständnisse gemacht haben.

Herr Ministerpräsident, das Problem ist nicht die Zahl der Castoren, die kommen. Das Problem ist, dass an den Standorten andere Versprechungen gemacht wurden. Sprechen Sie einmal mit den Menschen vor Ort. An den möglichen Standorten wird auch nach diesem Kompromiss, nach diesem nationalen Konsens noch nicht gesehen, dass es eine Lösung für das Endlagerproblem gibt. Das ist das eigentliche Problem. Damit burden Sie ihnen zusätzliche Lasten auf, und Sie brechen ein altes Versprechen, das noch auf Ihren grünen Umweltminister Trittin zurückgeht, der damals gesagt hat: Die Zwischenlager kommen nur in Betracht für die Brennelemente aus den dortigen Kernkraftwerken und für keinen weiteren radioaktiven Abfall,

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Nur als Zwischenlager!)

und sie kommen nur als Zwischenlager in Betracht und für nichts anderes.

(Abg. Thomas Marwein GRÜNE: Gibt es eigentlich auch ein CDU-Zwischenlager?)

Das ist das eigentliche Problem. Wer Vertrauen einfordert, muss sich an die Absprachen halten, die damals getroffen wurden, muss sich an das halten, was im Rahmen der damaligen Gesetzgebung versprochen wurde.

Herr Minister Untersteller hat mich gerade in Bezug auf die Atomisierung der Standorte zitiert. Es ist doch wahr: Früher gab es ein Zwischenlager, und jetzt haben wir an jedem Standort ein Zwischenlager; dies ist vor zehn Jahren so eingerichtet worden. Niemand kann sagen, dass hierdurch das Sicherheitsrisiko minimiert worden wäre. Es war damals aber Ihr politisches Kalkül, so vorzugehen und gleichzeitig die Endlagersuche auszusetzen, und zwar ohne Nennung von Alternativen. Sie haben ein Moratorium verhängt; Sie haben zehn Jahre verplempert, und in dieser Zeit ging überhaupt nichts voran.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Und man hat fachlichen Sachverstand zugrunde gehen lassen!)

Den Standorten selbst haben Sie auch keine Perspektive gegeben.

Deshalb, meine sehr verehrten Damen und Herren: Wir begrüßen, dass ein nationaler Konsens herrscht. Dass die Landesregierung von Baden-Württemberg einseitige Vorleistungen trifft, begrüßen wir allerdings nicht, ganz im Gegenteil.

(Peter Hauk)

Und das Letzte: Wenn der nationale Konsens wirklich ein nationaler Konsens ist, dann erwarten wir eigentlich auch, dass sich die Landesregierung von Niedersachsen klar positioniert und nicht von vornherein einen Standort – nämlich Gorleben – ausschließt. Dann erwarten wir, dass sich der Ministerpräsident bzw. die Landesregierung von Baden-Württemberg aufgrund der bisherigen wissenschaftlichen Ergebnisse – diese führen meines Erachtens dazu, dass es keinen baden-württembergischen Standort geben kann; schließlich ist dies schon wissenschaftlich untersucht worden – zur Frage der Wissenschaftlichkeit und der Geeignetheit zumindest ähnlich positionieren wie die Landesregierung von Niedersachsen. Das erwarte ich von einem Ministerpräsidenten, der seinen Amtseid nicht auf die Bundesrepublik Deutschland, sondern auf die Landesverfassung und das Wohl der Menschen dieses Landes geleistet hat.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, um es noch einmal klar zu sagen: Vertrauen gewinnt man nicht, indem man Versprechen bricht.

(Vereinzelt Beifall)

Vertrauen gewinnt man, indem man Versprechen bezüglich betroffener möglicher Standorte hält. Dazu möchte ich Sie ermuntern und auffordern: Sprechen Sie dort mit den betroffenen Menschen, mit den betroffenen Kommunen. Auf diese Weise schaffen Sie dann auch Vertrauen in die Landesregierung und in diesen nationalen Konsens. Vertrauen schaffen Sie allerdings nicht, wenn Sie leichtfertig Versprechen bezüglich einer Nebenfrage, nämlich der des Zwischenlagers, brechen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Präsident Guido Wolf: Für die Fraktion der FDP/DVP spricht Kollege Glück.

(Zurufe von den Grünen und der SPD: Der Fraktionsvorsitzende!)

– Er hat es an den Kollegen Glück delegiert.

(Zurufe von den Grünen und der SPD: Normale Redezeit! – Gegenruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Erst die Runde der Fraktionsvorsitzenden!)

– Frau Kollegin Sitzmann, wenn Sie darauf bestehen, dass Sie dem originären Recht der Opposition, nach dem Ministerpräsidenten zu sprechen, vorgezogen werden, weil Kollege Dr. Rülke sein Rederecht an den Kollegen Glück delegiert hat, dann würde ich dem nachgeben.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Und dann komme ich?
– Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Ich mache daraus keinen Konflikt! Es ist mir bloß aufgefallen! – Zuruf des Abg. Volker Schebesta CDU)

Herr Kollege Dr. Rülke hat es an den Kollegen Glück delegiert. Ich würde, was die Abfolge betrifft, empfehlen:

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Von uns aus können erst die Fraktionsvorsitzenden reden!)

Es macht schon Sinn, dass zunächst die Opposition spricht.

Das Wort hat der Kollege Glück.

Abg. Andreas Glück FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Nachdem nun geklärt ist, dass die Fraktionsvorsitzende der Grünen offensichtlich Angst davor hat, dass ich hier vorn spreche,

(Vereinzelt Beifall – Oh-Rufe von den Grünen und der SPD – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Der denkbar schlechteste Beginn einer Rede!)

werde ich mich jetzt also doch trauen, loszulegen. Frau Sitzmann, das hätte ich nie erwartet, und ich fühle mich geehrt.

(Lebhafte Zurufe von den Grünen und der SPD)

– Es macht einfach Spaß, wenn Sie so brüllen. Machen Sie bitte weiter so.

(Unruhe)

Herr Ministerpräsident, Sie haben vorhin gesagt, bei der Suche eines Atommüllendlagers müsse man einen Konsens finden, der lange anhält und der über eine, zwei oder drei Legislaturperioden hinausreicht. Sie sagten auch, man müsse Vertrauen schaffen. Das sind die beiden Punkte, in denen ich Ihnen uneingeschränkt recht gebe; das möchte ich unterstreichen.

Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn gesagt wird, dass der Ministerpräsident nicht irgendwelche Standorte in Baden-Württemberg ins Spiel gebracht habe, so ist das einfach nicht richtig. Es war während des Wahlkampfs, als der heutige Ministerpräsident als damaliger Spitzenkandidat der Grünen Angst gestreut und danach Standorte ins Spiel gebracht hat. Ich erwähne nur Riedlingen und Ruhestein, wo Kamerteams die Menschen verunsichert haben. Ist das Ihre Art, wie Sie Vertrauen schaffen wollen?

Sie sagen, es gehe um den Inhalt; Inhalt habe Vorrang vor Wahlkampf. Das ist doch geradezu lächerlich. Sie waren es doch, der während des Wahlkampfs diese Unruhe gestiftet hat, und das ist nicht vertrauensbildend.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Art und Weise, wie leicht und geradezu aus heiterem Himmel das Angebot erfolgte, als Zwischenlagerstandort Philippsburg zu wählen – nach dem Motto: „Philippsburg? Ist okay!“ –, ist nicht vertrauensbildend. Das Prinzip der weißen Landkarte ist mit Sicherheit richtig; das ist okay. Aber es ist doch kein Fehler, wenn man von vornherein darauf hinweist, auf welche geologischen Probleme wir bei der Suche nach einem Endlagerstandort stoßen. Hier wird aber so getan, als ob man wissenschaftliche Argumente des eigenen Landesamts, des Landesamts für Geologie, Rohstoffe und Bergbau Baden-Württemberg, nicht bringen dürfe. Man darf doch argumentieren! Es wird so getan, als ob alle anderen argumentieren dürften, aber wir nicht. Das ist nicht vertrauensbildend.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Konrad Epple CDU)

(Andreas Glück)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, zum Thema Castor: Ich finde, es ist ein dickes Ding, dass Sie am Anfang forderten, die Castoren müssten nach Philippsburg, der Minister dann sagt, die Castoren sollten doch nicht nach Philippsburg – das war an dem Tag, an dem Greenpeace den Landtag mit einem Plakat „verschönert“ hatte –, und Sie jetzt sagen, die Castoren sollten doch wieder nach Philippsburg. Halten Sie dieses Hin und Her etwa für eine vertrauensbildende Maßnahme?

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Auch schaffen Sie kein Vertrauen, wenn Sie relativ leichtfertig 1,7 Milliarden € Steuergelder in die Tonne kloppen und die Erkundung des Standorts Gorleben nicht abschließen. Diese Maßnahme ist nicht vertrauensbildend; das ist sie einfach nicht.

Auch die Tatsache, dass die Expertenkommission zur Hälfte mit Politikern besetzt ist und nicht ausschließlich mit Wissenschaftlern – das wurde vorhin bereits gesagt –, zeigt, dass das Ganze von vornherein eine politische Ebene hat. Es darf aber nicht sein, dass am Schluss derjenige ein Atommüllendlager zugeteilt bekommt, der am wenigsten laut schreit. Das darf nicht sein.

Die anderen – darauf können wir uns einstellen – werden Argumente dafür anführen, warum in ihren Ländern kein Atommüllendlager eingerichtet werden kann. Deswegen müssen auch wir entsprechend argumentieren – trotz des Konsenses.

Frau Sitzmann, am Schluss meiner Rede noch einmal zu dem, was Sie sagten: Sie wollten, dass das Sankt-Florians-Prinzip nicht zur Anwendung komme. Hier gebe ich Ihnen recht. Aber das bedeutet nicht, dass ich selbst mein eigenes Haus anzünden muss. Das ist nicht vertrauensbildend.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Frau Kollegin Sitzmann das Wort.

Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Klug bin ich aus Ihren Redebeiträgen nicht geworden, Herr Hauk.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Das haben wir uns gedacht! – Abg. Winfried Mack CDU: Eine gründliche Bewertung hat gefehlt! – Zuruf des Abg. Peter Hauk CDU)

– Können Sie einmal ruhig sein und zuhören?

(Abg. Felix Schreiner CDU: Tun Sie das?)

Sie haben auf der einen Seite gesagt, Sie trügen den nationalen Konsens mit. Auf der anderen Seite haben Sie aber einiges von dem, was den nationalen Konsens ausmacht, wiederum infrage gestellt und aufgezählt, was Sie alles nicht mittragen. Am 9. April 2013 wurde die Einigung erzielt; das wissen Sie. Dabei waren Bundesumweltminister Altmaier, die

Ministerpräsidenten Kretschmann, Weil, Haseloff und die Ministerpräsidenten und Ministerpräsidentinnen der übrigen 13 Bundesländer, der Parteivorsitzende der SPD, Sigmar Gabriel, der Vorsitzende der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, Trittin, der Generalsekretär der FDP, Patrick Döring, und weitere Vertreter und Vertreterinnen der Bundestagsfraktionen von Bündnis 90/Die Grünen, der SPD, der CDU/CSU und der FDP. All diese haben teilgenommen.

Ich habe vorhin gesagt: Wir haben Hochachtung und größten Respekt, dass der baden-württembergische Ministerpräsident den Prozess angestoßen hat und ihn nie hat unterbrechen lassen, obwohl es phasenweise nicht ganz einfach war.

Aber anhand dieser Teilnehmerliste und mit Blick auf die Verhandlungen über die letzten zwei Jahre wird doch deutlich, dass der Konsens nicht allein in Baden-Württemberg erzielt wurde, sondern dass sich alle, die ich Ihnen aufgezählt habe, darauf geeinigt haben.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Das wird auch nicht hinterfragt!)

Es ist ein Einigungsprozess, ein guter Einigungsprozess gewesen; es gab einen nationalen Konsens. Jetzt geht es nicht mehr an, zu sagen: „Machen wir mit Gorleben weiter.“ Es geht auch nicht an, zu sagen: „Was interessieren uns Castoren und Zwischenlager?“ Der Konsens ist zustande gekommen, weil sich alle bewegt haben; und es kam zu dem bekannten Ergebnis.

Deshalb, Herr Hauk: Den nationalen Konsens ein bisschen mitzutragen, ihn aber in diesem oder jenem Punkt nicht mitzutragen, das funktioniert nicht. Entweder Sie stehen dazu oder nicht. Aber ich hoffe sehr, dass Sie noch die Kurve bekommen und als CDU-Landtagsfraktion Ja dazu sagen und dass Sie in Zukunft keinen solchen Schlingerkurs mehr fahren, wie Sie es heute wieder getan haben.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Sie haben behauptet, der Ministerpräsident habe ohne Not – Herr Glück hat von „plötzlich“, „holterdiepolter“ oder was auch immer gesprochen – das Thema Zwischenlager ins Spiel gebracht. Es geht doch nicht um „ohne Not“, sondern es war klar: Wenn man mit Niedersachsen, wo in den vergangenen Jahrzehnten sehr viel Vertrauen verspielt worden ist –

(Abg. Peter Hauk CDU: Sie haben es doch verspielt!)

– Wir haben gar nichts verspielt.

(Abg. Peter Hauk CDU: Natürlich! Wer hat das denn befördert?)

– Es macht doch überhaupt keinen Sinn, Herr Hauk, solche falschen Behauptungen aufzustellen.

(Abg. Peter Hauk CDU: Wer hat sich denn angekettert? Das ist doch wahr!)

Haben wir Gorleben als Standort ausgesucht? Wir Grünen waren das nicht.

(Abg. Peter Hauk CDU: Mit gutem Grund!)

(Edith Sitzmann)

Die Grünen sind diejenigen, die seit ihrer Gründung als eines der Hauptziele den Ausstieg aus der Atomenergie haben.

(Abg. Peter Hauk CDU: Klar! Natürlich!)

Das müssen Sie einmal zur Kenntnis nehmen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Wir waren diejenigen, die zusammen mit der SPD unter Rot-Grün im Jahr 2000 den Atomausstieg im Konsens mit den vier Energieversorgungsunternehmen beschlossen hatten.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Wir waren das, nicht Sie!

(Abg. Peter Hauk CDU: Und dafür die Endlagersuche eingestellt!)

Sie, Herr Hauk, waren an vorderster Front bei denjenigen, die den Konsens wieder rückgängig gemacht haben, sodass es noch einmal elf Jahre gedauert hat, bis es endlich wieder zu einem Ausstiegsbeschluss kam. Das ist Ihre Verantwortung, nicht unsere. Damit haben Sie auch die Verantwortung für den zusätzlichen Atommüll, der durch den späteren Ausstieg entsteht, und nicht wir.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Peter Hauk CDU: Ist doch gar nicht wahr! Kein einziges Kraftwerk geht eher vom Netz! Erzählen Sie keine Märchen!)

Noch einmal zurück zum Thema Zwischenlager: Sie behaupten jetzt, irgendjemand hätte die einmal erfunden – am besten waren es immer die anderen. Die Zwischenlager sind auch im Interesse der Energieversorgungsunternehmen eingerichtet worden, als klar war, dass die Wiederaufbereitungsanlagen in Frankreich und Großbritannien beerdigt werden.

(Abg. Peter Hauk CDU: Das ist ja unsäglich! Geschichtsklitterung!)

Deshalb brauchte man Zwischenlager. Diese wurden, wie gesagt, auch im Interesse der Energieversorgungsunternehmen eingerichtet. Sie wollen ja wohl nicht behaupten, Sie seien weiterhin der Ansicht, wir sollten Atommüll, der in Deutschland oder in Baden-Württemberg entstanden ist, exportieren bzw. ihn nicht zurücknehmen. Wollen Sie das behaupten? Wir sagen: Für das, was hier verursacht worden ist, muss man auch in Deutschland die Verantwortung übernehmen. Das ist nur konsequent, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Dann gab es noch eine sonderbare Kritik an der Kommission. Wir haben im Landtag und im Bundestag eine Vielzahl von Enquetekommissionen gehabt. In der Regel ist die Besetzung so, dass auf der einen Seite die Politik vertreten ist und auf der anderen Seite die Wissenschaft.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Dann kann man aber nicht erklären, es sei rein wissenschaftlich! – Abg. Peter Hauk CDU: So ein Schwachsinn!)

Diese Bund-Länder-Kommission – quaken Sie doch nicht immer dazwischen – hat analog zu einer Enquetekommission 24

Mitglieder, sechs Vertreter aus den im Bundestag vertretenen Fraktionen und sechs von Landesregierungen, vier Vertreter aus der Wissenschaft und je zwei Vertreter von Umweltverbänden, Religionsgemeinschaften, Wirtschaft und Gewerkschaften.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Religionsgemeinschaften? – Gegenruf des Abg. Peter Hauk CDU: Wissenschaftsbasiert!)

Das ist die übliche Zusammensetzung einer Enquetekommission. Diese Kommission wurde um wichtige gesellschaftliche Kräfte erweitert.

Es geht in der Enquetekommission darum, Sicherheitsanforderungen für den weiteren Prozess der Auswahl zu erarbeiten. Wie gesagt, wir müssen Vertrauen schaffen. Es geht um wissenschaftliche Kriterien und nicht um politische Entscheidungen. Nur dann wird der Prozess in der Frage der Endlagersuche erfolgreich sein, meine Damen und Herren.

Ich kann Sie nur noch einmal auffordern: Hören Sie auf, in kleinen Karos zu denken. Denken Sie an die Verantwortung, die wir alle und die insbesondere Sie haben. Bleiben Sie bei dem Konsens. Treten Sie dem Konsens bei, aber voll und ganz und nicht nur da, wo es Ihnen passt.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Schmiedel das Wort.

Abg. Claus Schmiedel SPD: Herrn Fraktionsvorsitzenden.

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Herrn Fraktionsvorsitzenden Schmiedel.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: So viel Zeit muss sein! – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Strohritzer Schmiedel!)

Abg. Claus Schmiedel SPD: Verehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Was war das Problem im Hinblick auf den Standort Gorleben? Der Standort Gorleben wurde ja auch einmal im Rahmen eines nationalen Konsenses festgelegt.

(Abg. Peter Hauk CDU: Ja! Genau!)

Wie kam dieser nationale Konsens zustande? Die Ministerpräsidenten waren beim damaligen Bundeskanzler Helmut Schmidt eingeladen, man saß im Kanzleramt zusammen. Dann hat man festgelegt: Die Wiederaufbereitung findet in Wackersdorf statt. Der Schnelle Brüter kommt nach Kalkar. Also muss der Norden auch etwas tragen.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: So etwas macht ein sozialdemokratischer Bundeskanzler? – Zuruf des Abg. Winfried Mack CDU)

Dann kommt die Endlagerstätte in den Salzstock – man hat angenommen, Salz sei eine geeignete Formation – im Norden, nach Gorleben, nahe an der Zonengrenze. Das war die Grundlage des nationalen Konsenses. Der musste brüchig werden. Warum? Weil die Leute zu Recht den Eindruck hatten, es gehe um eine politische Festlegung, bei der man dann

(Claus Schmiedel)

hinterher die Sicherheitsstandards irgendwie anpasst, damit es so dann auch stattfinden kann.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Das hat Herr Schmidt gemacht!)

Deshalb musste der Konsens brüchig werden. Deshalb gab es eben keine Vereinbarung mehr.

Das Epochale an diesem neuen nationalen Konsens ist, dass er die Sicherheitsfrage in den Mittelpunkt stellt und nicht eine irgendwie geartete regionale Ausgewogenheit. Das ist das Epochale.

(Zuruf des Abg. Peter Hauk CDU)

Deshalb können wir jetzt auch hoffen, dass es parteiübergreifend in den nächsten Jahrzehnten dabei bleibt, dass man die Sicherheit in den Vordergrund stellt.

Hinsichtlich der Kriterien, die jetzt entwickelt werden, gehe ich davon aus, dass sie den Stempel der Internationalen Atomenergie-Organisation in Wien tragen werden, dass die Sicherheitsstandards, nach denen dann in der ganzen Republik gesucht wird, sozusagen auch international anerkannt werden.

Das ist auch dringend notwendig. Denn wenn man jetzt die Sicherheitsstandards in den Vordergrund stellt und von dem Grundsatz der weißen Karte ausgeht, dann ist es mindestens theoretisch denkbar, dass die Karte weiß bleibt, dass wir in der Bundesrepublik nach den Kriterien, die wir aufstellen, gar nicht fündig werden. Dann muss das aber auch glaubhaft sein, denn die nationale Verantwortung steht im Vordergrund.

(Abg. Peter Hauk CDU: Aha!)

Nur: Für uns Sozialdemokraten kann es dann aber, wenn wir die Sicherheitsstandards definiert haben, keine relative Sicherheit geben nach dem Motto: „Vorrang haben die politischen Grenzen, und dann machen wir Abstriche bei der Sicherheit“, sondern dann muss über europäische Kooperationen geredet werden

(Abg. Peter Hauk CDU: Aha!)

entlang von international verabredeten Sicherheitsstandards für eine Endlagerung.

(Abg. Peter Hauk CDU: Also jetzt doch Sankt Nimmerlein!)

– Nicht das Sankt-Florian-Prinzip. Vielmehr gilt die Sicherheit, wenn wir sie in den Vordergrund stellen, absolut und nicht relativ.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Das ist ganz neu!
– Abg. Peter Hauk CDU: Das ist eine ganz neue Variante!)

– Das ist keine neue Variante. Damit sind nur die Dinge zu Ende gedacht.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Nach der deutschen weißen Landkarte ist das etwas ganz Neues!)

Wenn die Sicherheit im Vordergrund steht und nicht eine regionale Ausgewogenheit, dann wird sich das in der weiteren Diskussion automatisch so ergeben.

(Zuruf des Abg. Ulrich Lusche CDU)

Jetzt kommt die Frage: Wie steht die CDU zum nationalen Konsens?

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: So wie Sie! –
Abg. Peter Hauk CDU: Sie stellen ihn doch gerade infrage!)

– Nein, nein, nein. Ich stelle überhaupt nichts infrage.

(Abg. Peter Hauk CDU: Natürlich!)

Es wird jetzt genau so vorgegangen,

(Abg. Peter Hauk CDU: Ja natürlich!)

wie es verabredet worden ist. Wir unterstützen das nachhaltig.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Genau! Wenn Sie jetzt europäisch denken!)

Die Sicherheit steht im Vordergrund. Jetzt definieren wir die Standards.

(Zuruf des Abg. Dr. Dietrich Birk CDU)

Meine Frage ist: Wie rennen Sie draußen herum? Gilt das, was Sie am 9. April gesagt haben: „Es geht nicht, dass wir uns diesem Problem jetzt aus taktischen Gründen weiter verschließen, sondern wir müssen jetzt zwingend für die Endlagerung auch die geeigneten Lagerstätten finden“? Gilt das?

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Natürlich!)

Wenn das gilt, dann können Sie aber nicht von vornherein sagen: „Bei uns in Baden-Württemberg geht das auf gar keinen Fall.“

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch und Abg. Peter Hauk CDU: Hat niemand gesagt!)

– Den Eindruck haben Sie aber gerade erweckt, und zwar beide Redner.

(Abg. Peter Hauk CDU: Hören Sie doch einmal zu!
– Abg. Ulrich Lusche CDU: Ich erkläre es Ihnen gleich noch einmal!)

Wenn der nationale Konsens gilt, dann können Sie auch nicht etwas herauspicken und sagen: „Das gefällt uns, aber wir sind gegen das, was uns nicht gefällt.“

(Zurufe von der CDU)

Denn das ist ein integrales Paket, das in sich so zustande gekommen ist, wie es ist; sonst wäre es nicht zustande gekommen. Deshalb können Sie keine Rosinenpickerei betreiben, bei der Sie sagen: „Das, was uns gefällt, übernehmen wir, und für den Rest übernehmen wir keine Verantwortung.“ Das ist Wischiwaschi-CDU. Die Leute wollen wissen, wo Sie stehen.

(Beifall bei den Grünen – Zurufe der Abg. Ulrich Lusche und Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

Sie sind in der Opposition nicht mehr in der Lage, sich irgendwo zu positionieren. Beim Nationalpark eiern Sie herum und sagen: „Eigentlich sind wir dafür, aber die ganze Menschheit muss dafür sein.“

(Claus Schmiedel)

(Zurufe von der CDU, u. a.: Filderbahnhof! – Stuttgart 21!)

Solange das nicht gegeben ist, sind wir noch nicht entscheidungsfähig.“

(Abg. Peter Hauk CDU: Filderbahnhof! Umfaller! – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Umfaller beim Filderbahnhof!)

Bei dieser existenziellen Frage, dem nationalen Konsens bei der Endlagersuche, eiern Sie genauso herum.

Entweder Sie sind bereit, Verantwortung zu übernehmen, dann sagen Sie: „Ja, wir stehen zu dem nationalen Konsens“ oder Sie lehnen ihn ab. Aber damit kann man dann wenigstens umgehen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die CDU-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Lusche.

(Zuruf von der CDU: Jetzt wird es sachlich!)

Abg. Ulrich Lusche CDU: Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Der Kollege Schmiedel schafft es immer wieder, dass die Diskussion in ein vielleicht unterhaltsames, aber wenig zielführendes Fahrwasser abgelenkt.

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Das müssen gerade Sie sagen! – Abg. Claus Schmiedel SPD: Ja oder nein?)

Ich finde, wir sollten da schon aufpassen – insofern bin ich bei Ihnen, Herr Ministerpräsident –: Heute sollte von diesem Haus nicht das Signal ausgehen, dass wir jetzt hier eine Generaldebatte über jeden einzelnen Punkt dieses gefundenen Konsenses führen und totaler Streit und Uneinigkeit herrscht.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Das fällt Ihnen jetzt ein! – Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Es fehlt an Einsicht!)

Da Sie, liebe Kollegen, es vorhin offensichtlich nicht vollständig aufgegriffen haben, erkläre ich es Ihnen noch einmal: Selbstverständlich und dem Grunde nach stehen wir zu dem Prinzip „Weiße Landkarte“. Nur,

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: „Nur“!)

ich warne davor, zu meinen, dass das Ganze als eine Art antiseptischer Vorgang ablaufen kann.

(Heiterkeit des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Deswegen erfolgte der Hinweis auf die natürlich begründete Beteiligung der Politik an dieser Kommission. Sie haben es ja selbst gesagt, Herr Ministerpräsident: Entscheidend ist doch, dass man die Kriterien, wenn sie einmal festgelegt sind, nicht immer wieder neu ändern kann. Darum hat diese Kommission eine Schlüsselfunktion.

Wenn es jetzt um Vertrauen geht, dann ist unsere Pflicht als baden-württembergische Parlamentarier – das lassen wir uns auch nicht wegreden, jedenfalls wir nicht –,

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

dass wir uns von Anfang an mit der gebotenen Seriosität, aber auch mit der gebotenen Überzeugungskraft und mit guten Argumenten in diese Diskussion einmischen. Glauben Sie denn ernsthaft, dass sich das jetzt bundesweit in aller Stille vollziehen wird? Hierzu habe ich vorhin auch beispielsweise das Zitat aus Niedersachsen angeführt. Wenn es darum geht, Vertrauen zu schaffen, dann sind nicht nur vertrauensbildende Maßnahmen in Richtung Niedersachsen nötig, sondern dann müssen wir auch vertrauensbildende Maßnahmen in Baden-Württemberg haben.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Winfried Mack CDU: So ist es!)

Die Baden-Württemberger müssen den Eindruck haben, dass ihre Interessen von Anfang an aktiv in diesen Diskussionsprozess eingebracht werden. Darum geht es.

(Zuruf von der CDU: Sehr gut!)

Zweiter Punkt: das Thema Castoren. Lieber Franz Untersteller, Herr Minister, Sie sind ja viel zu gut informiert, als dass ich da das eine oder andere einfach so stehen lassen kann. Sie haben zum Ausdruck gebracht: „Wenn die weiteren fünf Behälter aus La Hague und 21 Behälter aus Sellafield noch nach Gorleben kommen, dann nimmt der politische Druck zu, dass Gorleben das endgültige Lager wird, und dieses Zeichen ist den Niedersachsen nicht zuzumuten.“ Fakt ist: Dort stehen schon 108 Behälter. Die Frage ist, ob das wirklich diesen qualitativen Sprung ausmacht. Das muss man z. B. damit abwägen, dass man, wenn man diese Abfälle, so wie sie jetzt genehmigt und für den Transport vorgesehen sind, woanders hinbringt, langwierige, schwierige und natürlich strittige Fragen auslösen wird. Die Frage ist: War es diesen Preis wert bei diesem Konsens? War es denn unbedingt nötig, das zu machen, oder bringen wir da nicht kontraproduktiv viel mehr Unruhe hinein, als wenn wir gesagt hätten: „Wir verfahren auf dem genehmigten sauberen Weg Gorleben weiter“? Diese Frage müssen Sie schon beantworten.

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Insofern ist es mir wichtig, zu betonen: Wir wollen, dass das vorankommt. Peter Hauk hat das vorhin auch angesprochen. Wir sind in der Pflicht gegenüber unseren Standorten mit Zwischenlagern, dass die Endlagerfrage vorangebracht wird. Deswegen gibt es hier kein Geschlingere.

(Abg. Alfred Winkler SPD: Und wie!)

Aber wir werden selbstverständlich, weil der Prozess sonst überhaupt nicht funktionieren kann, während des ganzen Prozesses Fragen stellen

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Logisch!)

und hoffentlich die Öffentlichkeit umfangreich beteiligen.

(Zuruf: An was?)

Ich finde, das steht diesem Haus gut an. Deswegen bleibt es bei unserer Bitte und Aufforderung, Herr Ministerpräsident,

(Ulrich Lusche)

dass die Landesregierung, wenn sie diesem Verfahren zustimmt, auch beantwortet, wie sie den Landtag von Baden-Württemberg in adäquater Form an diesem Verfahren beteiligen will.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Schade!)

Punkt 1 der Tagesordnung ist somit erledigt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Fraktionen sind übereingekommen, die beiden Aktuellen Debatten von der heutigen Tagesordnung abzusetzen und auf die Sitzung am 10. Juli 2013 zu verschieben.

Ich rufe **Punkt 4** der Tagesordnung auf:

Zweite und Dritte Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Staatshaushaltsplan von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2013 und 2014 – Drucksache 15/3250

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft – Drucksache 15/3364

Berichterstatter: Abg. Klaus Herrmann

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Allgemeine Aussprache eine Redezeit von zehn Minuten je Fraktion festgelegt.

In der Allgemeinen Aussprache erteile ich das Wort Herrn Abg. Mack.

Abg. Winfried Mack CDU: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir beraten heute in zweiter und dritter Lesung einen Nachtragshaushalt mit dem sagenhaften Volumen von über 12 Milliarden €. Das entspricht rund 30 % eines Jahreshaushalts.

Den Ausgaben zur Erfüllung der Verpflichtungen des Landes bei der Flüchtlingsaufnahme – dem kleineren Teil – stimmen wir zu. Wir weisen jedoch darauf hin, dass wir bereits bei der Beratung des Urhaushalts darauf aufmerksam gemacht haben, dass die in diesem Bereich angesetzten Mittel nicht reichen werden. Schon damals war bekannt, dass das Bundesverfassungsgericht neue Vorgaben gemacht hatte, die umgesetzt werden müssen, und dass die Asylbewerberzahlen steigen. Diese Ausgaben sollen jetzt über eine globale Minderausgabe gedeckt werden, die aber zulasten aller Einzel Etats geht.

Wenn das Land darüber hinaus vorgibt, dass beispielsweise die Unterbringung von Asylbewerbern Zug um Zug zusätzlich verbessert werden soll, dann muss das Land auch die tatsächlich entstehenden Kosten erstatten. Wir fordern deshalb in einem Entschließungsantrag eine faire Kostenerstattung an die Stadt- und Landkreise.

Der Nachtragshaushalt ist insgesamt zu einem von der Summe her großen Teil höchst problematisch im Hinblick auf die gigantischen Ermächtigungen für den Schienenpersonennahverkehr, insbesondere für den Kauf und die Reparatur von Zügen bis zum Jahr 2042 und für den Betrieb des Schienenpersonennahverkehrs bis zum Jahr 2028.

Das Gesamtvolumen für den Schienenpersonennahverkehr beträgt 12,23 Milliarden €. Darin sind Kapitaldienstgarantien in Höhe von 3,345 Milliarden € enthalten. Diesen können wir im Sinne eines besseren Wettbewerbs zustimmen.

Daneben beantragt die Regierung aber Ermächtigungen in Höhe von rund 9 Milliarden €. Diese Ermächtigungen lehnen wir ab. Wenn das Parlament diesen Ermächtigungen zustimmt, dann haben wir in diesem Bereich auf unsere Budgethoheit vollständig verzichtet. Wir, liebe Kolleginnen und Kollegen, wurden doch von den Bürgerinnen und Bürgern gewählt. Es ist das Königsrecht des Parlaments, die Budgethoheit wahrzunehmen. Wir lehnen deswegen diesen Bereich ab.

(Beifall bei der CDU)

Wir sind uns im Ziel einig. Wir treten ein für gute und faire Wettbewerbsbedingungen, für möglichst viele Anbieter bei der Vergabe der Leistungen für den Schienenpersonennahverkehr, um möglichst gute, attraktive und preiswerte Verkehrsleistungen zu erhalten.

Mit Blick auf die zwei Jahre seit der Regierungsübernahme tritt offen zutage, dass Grün-Rot in diesem Bereich völlig überfordert ist.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl und Abg. Andreas Schwarz
GRÜNE: Ach!)

Im Oktober 2011 – Herr Schwarz, Sie sind ja auch Mitglied im Ausschuss für Verkehr und Infrastruktur –

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Ja, genau!)

hat der Minister vorgetragen, er habe einen Ausschreibungsplan. Dann haben wir ihn gefragt: Können wir diesen Ausschreibungsplan von Ihnen haben?

(Zurufe der Abg. Hans-Ulrich Sckerl und Andreas
Schwarz GRÜNE)

Daraufhin hat er Ja gesagt. Aber was hat er uns geschickt? Er hat uns den Ausschreibungsplan der früheren Regierung geschickt,

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Ich dachte, der sei
gut gewesen!)

der im ersten Quartal 2011 erstellt wurde. Damit wollte er uns provozieren. Aber wir sind ihm heute dankbar dafür, dass er uns diesen Plan zugeschickt hat. Denn dadurch läuft der Vorwurf, den er immer wieder mantrahaft erhebt, wir hätten nichts zustande gebracht, ins Leere. Es war völlig anders. Wir hatten einen fertigen Ausschreibungsplan, und diesen hat die jetzige Regierung in den Schränken verschwinden lassen – bis in den Oktober 2012 hinein.

Was ist dann passiert? Uns wurde damals schriftlich zugesichert, wir würden diesen Plan bekommen. Bis zum heutigen Tag haben Sie, Herr Minister, uns diesen Plan nicht zugestellt.

(Zuruf des Abg. Andreas Schwarz GRÜNE)

(Winfried Mack)

Wir sollen heute gigantischen 9 Milliarden € zustimmen und wissen nicht, für was. Alle Fragen sind offen. Das Parlament hat in diesem Bereich zu wenige Informationen. Dieser Nachtrag ist jetzt, nachdem zwei Jahre nichts passiert ist, in zwei Wochen durch den Landtag gepeitscht worden – ohne Beteiligung des Ausschusses für Verkehr und Infrastruktur. Deswegen lehnen wir dies ab.

Die Beteiligung des Parlaments ist ungenügend – sowohl vom Verfahren her als auch, was die im Gesetzentwurf vorgesehenen Regelungen betrifft.

(Beifall bei der CDU)

Am vergangenen Donnerstag haben wir im Verkehrsausschuss den Versuch unternommen, eine Lösung zu finden

(Abg. Klaus Maier SPD: Im Finanzausschuss!)

– im Finanzausschuss; das ist richtig –, um gleichzeitig möglichst gute Ausschreibungsbedingungen zu schaffen, die Rechte des Parlaments zu wahren und die erheblichen Milliardenrisiken, die Grün-Rot dem Land aufladen will, zu minimieren. Aber obwohl der Finanzminister, der jetzt nicht mehr da ist, im Ausschuss bereits eingelenkt hatte, ist die Kompromisslösung an Grün und Rot im Ausschuss gescheitert.

Deswegen stellen wir heute erneut einen Änderungsantrag. Wir fordern darin angesichts der Milliardensummen einen Parlamentsvorbehalt dergestalt, dass vor dem Start der Ausschreibung der zuständige Landtagsausschuss – dies ist der Ausschuss für Verkehr und Infrastruktur, weil der Finanzminister dies so verlangt hat – über die Freigabe der Ausschreibung entscheiden muss.

Das ist übrigens auch die Praxis in anderen deutschen Ländern. Das ist auch die Praxis des Landtags von Baden-Württemberg in solchen Fällen. Oft geht es dabei „nur“ um Summen von einer halben Million Euro, denen der Finanzausschuss zustimmen muss. Hier geht es um Milliardenbeträge.

Deswegen fordern wir eine adäquate Beteiligung des Landtags von Baden-Württemberg und einen Parlamentsvorbehalt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Die Risiken in diesem Haushalt sind darüber hinaus erheblich. Die Regierung will, dass wir sie ermächtigen, Lokomotiven und Personenwaggons in einem Volumen von 1,315 Milliarden € kaufen zu dürfen. Diese Waggons sollen bis ins Jahr 2042 gewartet werden dürfen, Herr Schmiedel. Dann klagen wir über die alten Silberlinge, die herumfahren, die alten Silberlinge,

(Abg. Daniel Renkonen GRÜNE: Die Sie bestellt haben!)

die dem Bund bzw. seiner Tochter Deutsche Bahn AG gehören. Jetzt wollen Sie selbst neue oder, weil es sie auf dem Markt gar nicht gibt, gebrauchte Waggons kaufen und diese 30 Jahre lang in Baden-Württemberg herumfahren lassen. Hat denn das Land Baden-Württemberg keine andere Aufgabe, als Eisenbahnwaggons zu kaufen, und sollen wir die Menschen in Baden-Württemberg, die in der übernächsten Ausschreibungsperiode zwischen 2028 und 2042 mit dem Schienenpersonennahverkehr unterwegs sind, mit diesen alten Eisenbahnwaggons herumfahren lassen?

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Das war doch Ihre Politik! Sie sind doch für die Silberlinge verantwortlich!)

Sie beklagen, Herr Schwarz, den Zustand, dass bei uns noch Silberlinge herumfahren,

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Ja, die haben Sie gekauft!)

und machen sofort denselben Fehler,

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Die Silberlinge haben Sie gekauft!)

nur dass die Silberlinge im Jahr 2042 nicht mehr „Silberlinge“ heißen. Nennen wir sie vielmehr „Rasender Winfried“. Das sind die Karren, die im Jahr 2042 herumfahren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, das ist ein zu hohes Risiko und eine zu starke sächliche und finanzielle Verpflichtung gegenüber nachfolgenden Generationen. Deswegen lehnen wir diese Ermächtigung über 9 Milliarden € ab.

(Beifall bei der CDU)

Schließlich handelt es sich um einen Blankoscheck für die Regierung. Wir beschließen heute die Durchbrechung des Jährlichkeitsprinzips des Haushalts durch die Ermächtigung über 9 Milliarden €. Aber wo kommt denn das Geld, wo kommen die Einnahmen her? Garantiert denn jemand dem Land, dass bis zum Jahr 2028 jährlich 760 Millionen € vom Bund überwiesen werden? Das weiß kein Mensch. Was passiert, wenn die 760 Millionen € jährlich nicht kommen? Dann ziehen wir das Geld aus anderen Bereichen ab und setzen es für den Schienenpersonennahverkehr ein, wie es am vergangenen Donnerstag im Finanzausschuss passiert ist, als Rot und Grün den Antrag gestellt hatten, Mittel aus anderen Bereichen abzuziehen und für den Schienenpersonennahverkehr einzusetzen.

Das heißt, bevor der Socken fertig gestrickt ist, hat er schon Löcher. An diesem Beispiel sehen Sie, dass dieser Haushalt komplett unseriös ist.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben in den vergangenen Jahren bewiesen, dass wir einen hervorragenden Schienenpersonennahverkehr in Baden-Württemberg organisieren konnten.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Ein toller Vertrag!)

Wir hatten die höchsten Zuwachsraten bei den Fahrgästen.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Und den höchsten Preis!)

Wir haben bewiesen, dass wir es können. Sie haben in den vergangenen zwei Jahren im Bereich des Schienenpersonennahverkehrs rein gar nichts zustande gebracht.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Das stimmt überhaupt nicht!)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich das Wort Herrn Abg. Schwarz.

Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Heute beschließen wir in zweiter und dritter Lesung den Nachtragshaushalt.

Zunächst möchte ich etwas zum Thema Flüchtlingsunterbringung sagen. Da sich die Asylbewerberzahlen stärker als angenommen erhöht haben, steuern wir hier nach. Diese Mehrausgaben sind zwangsläufig. Es gibt also einen sachlichen Grund, hier nachzusteuern. Ich sage aber auch ganz klar: Es ist eine soziale Aufgabe, die wir in diesem Bereich haben, Menschen, die in Not sind und die bei uns Zuflucht vor Krieg und vor Elend suchen, die bei uns eine Bleibe suchen, aufzunehmen. Diese Aufgabe haben die Stadt- und Landkreise. Deswegen ist es konsequent, hier nachzusteuern.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Dieser Punkt war im Finanzausschuss unstrittig. Ich hoffe, Herr Kollege Mack, dass Sie unserem Entschließungsantrag beitreten können, den wir vorgelegt haben, der zum Ziel hat, dass die Landesregierung zusammen mit den Kommunen ein Konzept entwickelt, um die Qualität der Flüchtlingsunterbringung zu verbessern. Auch das müsste in Ihrem Interesse sein.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Zum zweiten Thema, dem Schienenpersonennahverkehr: Sie wissen, dass die Garantien, die wir im Haushalt darstellen, dringend notwendig sind, um den Wettbewerb im Schienenpersonennahverkehr einzuleiten. Das hat die Vorgängerregierung sträflich vernachlässigt.

Ihr Konzept war auch rechtlich bedenklich. Das wissen Sie ganz genau. Das haben wir an dieser Stelle schon ein paarmal gesagt. Der Bundesgerichtshof hat im Herbst 2010 Direktvergaben untersagt. Deswegen konnte Ihr Vergabekonzept so nicht umgesetzt werden,

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch und Abg. Winfried Mack CDU: Das stimmt doch gar nicht!)

und deswegen musste der Verkehrsminister von Neuem beginnen. Das hat er gemacht.

Er hat das Vergabekonzept auch schon einmal im Verkehrsausschuss vorgestellt. Die Landesregierung hat nämlich auf der Grundlage eines Antrags von Ihnen, Herr Mack, berichtet, wie das Vergabekonzept aussieht. Diese Mitteilung der Landesregierung ist im Verkehrsausschuss behandelt worden. Sie ist im Verkehrsausschuss zwar sehr knapp behandelt worden, aber sie ist dort behandelt worden. Deshalb ist Transparenz gegeben.

Ich will noch einmal sagen, warum wir diese Garantien in den Haushalt einstellen. Uns geht es darum, dass wir die Konkurrenten der Deutschen Bahn AG überhaupt erst in die Lage versetzen, sich am Wettbewerb zu beteiligen. Konkurrenten der Deutschen Bahn AG haben nicht die tolle Bonität, die die Deutsche Bahn AG hat. Mit den Garantien und Verpflichtungsermächtigungen werden andere Firmen überhaupt erst in die Lage versetzt, teilzunehmen. Wir erwarten hier gute Angebote im Schienenpersonennahverkehr.

Ich sage auch: Die Fahrzeuge sind uns wichtig. Denn gute Fahrzeuge geben dem Schienenpersonennahverkehr quasi erst ein Gesicht.

Wichtig ist uns das Thema Neufahrzeuge. Herr Kollege Mack, wir haben immer noch damit zu kämpfen, dass wir auf vielen Strecken die alten Silberlinge haben. Deswegen ist es auch eine gute Nachricht, dass bei den Stuttgarter Netzen Neufahrzeuge vorgesehen werden.

(Abg. Winfried Mack CDU: Wirklich Neufahrzeuge?)

Hier wird es dann bei den Strecken in und um Stuttgart zu einem Wettbewerb kommen. Das sind die erlösstarken Netze. Da ist tatsächlich auch Spiel drin. Wir meinen, dass wir da auch zu besseren finanziellen Konditionen kommen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Die Garantien sind ein cleveres Geschäft. Das Land setzt seine Bonität ein, um später knappes Geld bei der Angebotsbestellung einzusparen und mehr Spielraum zu haben.

Jetzt haben Sie das Thema Transparenz angesprochen. Ich muss sagen: Dieser Nachtragshaushalt ist in hohem Maß transparent. Zum ersten Mal werden hier Verpflichtungsermächtigungen verankert. Der Betrag von 7,5 Milliarden € klingt zunächst möglicherweise hoch. Aber da pro Jahr 700 Millionen € an Regionalisierungsmitteln in die Verkehrsverträge fließen und ein Vertrag über zehn Jahre läuft, ist das eine ganz einfache Rechenarbeit. 700 Millionen € mal zehn macht 7 Milliarden €. Um auf diese Summe zu kommen, brauchen wir gar keine großen Rechenkünste. Diesen transparenten Vorgang hat die Landesregierung im Staatshaushaltsgesetz zugrunde gelegt, und das finden wir richtig.

Es geht auch darum: In der Vergangenheit haben Sie nie Verpflichtungsermächtigungen oder Rückstellungen für die Verkehrsverträge in den Haushalt eingestellt. Wir machen das zum ersten Mal, sodass für jeden Bürger, für jeden Abgeordneten und für die Öffentlichkeit klar ersichtlich ist, welche Garantien, welche Verpflichtungsermächtigungen für die Fahrzeugfinanzierung und für den laufenden Betrieb in den Haushalt eingestellt werden.

(Zuruf des Abg. Winfried Mack CDU)

Wir stellen den Haushalt sauber dar. Das können Sie nicht leugnen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Ich habe mich einmal schlaugemacht, wie andere Bundesländer damit umgehen. Ich habe einmal nach Bayern geschaut. In Bayern sind weder Garantien noch Bürgschaften, noch Verpflichtungsermächtigungen für die Fahrzeugfinanzierung oder den Schienenpersonennahverkehr im Staatshaushaltsgesetz verankert. Bayern hat hier überhaupt nichts gemacht.

(Abg. Winfried Mack CDU: Wollen Sie sagen, dass der ÖPNV dort schlechter ist?)

Bei uns stehen diese Garantien und Verpflichtungsermächtigungen im Haushalt. Sie sind für jedermann nachlesbar. Das trägt zur Haushaltsklarheit und Haushaltswahrheit bei.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

(Andreas Schwarz)

Jetzt haben Sie das Thema Wartungsverträge angesprochen. Es ist doch vollkommen klar, dass wir auch in 20 oder in 30 Jahren eine gute Qualität im Schienenpersonennahverkehr haben wollen. Wir wollen eben nicht alte Silberlinge, sondern wir wollen, dass die Fahrzeuge gewartet werden. Wenn Sie Verträge über eine lange Laufzeit haben, ist es auch haushaltsrechtlich konsequent, dass Sie entsprechende Verpflichtungsermächtigungen im Haushalt abbilden. Das ist ein ganz normales Geschäft und kein Anlass, das hier zu kritisieren.

Der Landtag sagt heute mit der Verabschiedung des Nachtragshaushaltsplans Ja zum Wettbewerb im Schienenverkehr. Das bildet quasi den Rahmen für die anstehenden Ausschreibungen im Nahverkehr. In unseren Augen ist es ganz klar Aufgabe der Regierung, diese Vergaben durchzuführen. Das Vergabeverfahren muss von der Regierung eingeleitet werden, die Regierung muss das Vergabeverfahren durchführen, und die Regierung muss dann den Zuschlag erteilen. Wir bewegen uns hier im Bereich des europäischen Vergaberechts. Daher ist es in meinen Augen auch höchst fraglich, ob der Finanzausschuss oder der Verkehrsausschuss in diesem Verfahren – die Vergabe läuft, die Zuschlagserteilung steht kurz bevor – überhaupt beteiligt werden kann und ob das zu einem Mehr an Transparenz beiträgt.

(Abg. Winfried Mack CDU: Der Rechnungshof hat es doch dargestellt!)

Der Finanzausschuss hätte gar keinen Ermessensspielraum. Er wäre an das Vergaberecht gehalten und müsste den Zuschlag erteilen.

(Zuruf des Abg. Winfried Mack CDU)

Ihr Vorschlag, Herr Kollege Mack, hat folgenden Pferdefuß: Sie fordern, dass im Finanzausschuss das Ausmaß der Ausschreibungen dargestellt werden solle.

(Abg. Winfried Mack CDU: Nein! Das stimmt doch gar nicht! Bitte keine Nebelkerzen werfen!)

Das hätte aber zur Folge, dass alle anderen Bieter und alle anderen Konkurrenten über das Zahlenwerk informiert wären. Das aber wäre doch im höchsten Maß schädlich für den Wettbewerb. Wir wollen doch nicht, dass die Konkurrenten über das Zahlenwerk informiert werden.

(Abg. Winfried Mack CDU: Es ist andersherum! Das stimmt nicht! Der Finanzminister sieht das auch anders!)

Daher können wir Ihrem Antrag auch nicht zustimmen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Sie haben den Rechnungshof angesprochen. Ich bin dem Rechnungshof sehr dankbar, dass er im Finanzausschuss sehr deutlich zum Ausdruck gebracht hat – ich zitiere –, der Nachtragshaushalt sei „nicht zu beanstanden“, er sei „klar und transparent“. Der Rechnungshof bestätigt uns also, dass wir mit diesem Nachtragshaushalt auf dem richtigen Weg sind. Es ist ein Weg, der zu gutem Schienenverkehr und zu Transparenz beiträgt.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Der Rechnungshof hat noch mehr gesagt! – Abg. Winfried Mack CDU: Das war aus dem Zusammenhang gerissen! – Gegenruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Das war die notwendige Klarstellung durch den Kollegen!)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Kollegen Maier das Wort.

Abg. Klaus Maier SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Mack, es ist schon bemerkenswert, wie man aus einem Thema, das so formal und technisch ist, wie es bei unserem Ersten Nachtragshaushalt der Fall ist, so viel politischen Schaum schlagen kann.

(Abg. Winfried Mack CDU: Es geht um viel Geld!)

Wir beraten und beschließen heute einen Nachtrag zum Staatshaushaltsplan. Er enthält gesetzestechnische Regelungen. Wir haben keinen dicken Plan mit Zahlen. Dieser Nachtrag bietet aber auch umfangreiche Möglichkeiten, Garantien zu übernehmen und Verpflichtungen einzugehen.

Zuerst zu den Flüchtlingszahlen: Baden-Württemberg muss aufgrund des Flüchtlingsaufnahmegesetzes Rechtsverpflichtungen erfüllen. Die Mehrausgaben werden wir im Rahmen der globalen Minderausgabe decken. Hierüber herrschte im Ausschuss unter den Fraktionen Einigkeit. Der Antrag, der vonseiten der Opposition vorgelegt wurde, ist eine Selbstverständlichkeit. Dies brauchen wir nicht in das Gesetz zu schreiben. Ich appelliere an Sie, unserem Antrag, dem Antrag der Koalition, zuzustimmen. Damit wäre auch den Interessen der Landkreise Rechnung getragen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Neben einer redaktionellen Änderung wurden durch den Finanz- und Wirtschaftsausschuss ein paar Möglichkeiten vorgeschlagen, um Deckungsfähigkeit herzustellen. Das ist vor allem bei den Regionalisierungsmitteln wichtig. Bei den Regionalisierungsmitteln ist eine Deckungslücke entstanden. Wir müssen Mehrkosten abdecken, und das gelingt mit der gegenseitigen Deckungsfähigkeit innerhalb des Einzelplans 13.

Kern des Ersten Nachtrags ist aber die Herstellung einer Wettbewerbssituation, eines funktionierenden Wettbewerbs im Schienenpersonennahverkehr. Der Markt für die anstehenden Ausschreibungen ist schwierig. Die Zahl der Anbieter ist geringer geworden. Stuttgart 21 birgt Risiken, und die Finanzierungsbedingungen sind, vor allem nach der Krise, für die verschiedenen Wettbewerber sehr unterschiedlich. Vor allem kleinere Anbieter sind in einer schwierigen Situation.

Mit der vorgeschlagenen Kapitaldienstgarantie und den Fahrzeugfinanzierungsinstrumenten schaffen wir diese Hindernisse aus dem Weg. Kleine und große Anbieter haben eine Chance, mit guten Preisen künftige Ausschreibungen zu gewinnen.

Herr Mack, es hat eben Zeit gekostet, diese Finanzierungsinstrumente sauber zu erarbeiten. Wir haben Gutachten in Auftrag gegeben. Das Ministerium hat gut und sauber gearbeitet. Es ist besser, etwas langsamer vorzugehen, dafür aber güns-

(Klaus Maier)

tigere Bedingungen für das Land zu erreichen, als schnell und schlampig.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Denn wir können uns teure Verkehrsverträge nicht leisten. Wir haben zurzeit einen viel zu teuren Verkehrsvertrag. Wir können uns hohe Preise nicht leisten; denn das führt zu Abbestellungen von Schienenverkehrsleistungen oder zur Belastung des Gesamthaushalts. Das jedoch kann nicht unser Ziel sein.

Im Finanz- und Wirtschaftsausschuss konzentrierte sich die Debatte auf formelle Fragen, beispielsweise: In welcher Weise soll das Parlament in einem Vergabeverfahren eingebunden werden? Soll man dies gesetzlich verankern? Wie weit gehen die Mitspracherechte?

Meine erste Anmerkung dazu: Wo war früher die Mitsprache bei diesen großen Verkehrsverträgen?

(Abg. Winfried Mack CDU: In jedem Haushalt!)

Es gab keine Ermächtigungen, es gab weder Informationen im Finanz- und Wirtschaftsausschuss noch Informationen über die Vergabe. Da bestand keine Mitsprache. Jetzt auf einmal wird die Mitsprache zum Megathema.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Aus der Natur eines Vergabeverfahrens ergibt sich, dass eine Diskussion im Vorfeld nicht sehr förderlich ist. Daraus kann man Rückschlüsse ziehen. Man kann Rückschlüsse auf Summen ziehen und im Vergabeverfahren die Angebote entsprechend gestalten – meist zum Nachteil des Ausschreibenden. Eine Diskussion nach der Angebotsabgabe und vor der Auftragserteilung ist sinnlos, weil der Bieter mit dem wirtschaftlichsten Angebot ein Recht auf Erteilung des Zuschlags hat. Wenn wir das anders machen würden, würden Schadensersatzansprüche auf uns zukommen.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: So ist es!)

Der Rechnungshof hat es insgesamt bestätigt. Herr Schwarz hat schon Aussagen des Rechnungshofs zitiert. Ich führe das Zitat aus dem Finanz- und Wirtschaftsausschuss weiter, da gesagt wurde, es sei nicht vollständig gewesen. Es lautet:

Nach Auffassung des Rechnungshofs sei der vorliegende Gesetzentwurf verfassungs- und haushaltsrechtlich nicht zu beanstanden.

(Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Und zu den Anträgen der FDP/DVP! Sagen Sie auch dazu etwas!)

Er enthalte alle Eventualitäten in Bezug auf Ausgaben, sei klar und transparent und daher aus Sicht des Rechnungshofs nicht zu kritisieren.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen – Abg. Winfried Mack CDU und Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Weiterlesen!)

Das Parlament wird nach einem Antrag der Koalitionsfraktionen – damit kommen wir zu den Mitsprachemöglichkeiten – regelmäßig und zeitnah über die Vergaben informiert. Wir haben das in diesen Entwurf hineingeschrieben. Damit agiert die Landesregierung nach dem Grundsatz der Haushaltswahr-

heit und -klarheit. Diese Klarheit hat es unter der Vorgängerregierung in dieser Form im Haushalt noch nicht gegeben. Wir werden die Anträge der Opposition daher ablehnen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

6,3 Milliarden € bzw. 7,5 Milliarden € an Verpflichtungsermächtigungen sind ein extrem hoher Umfang, und die Laufzeiten sind natürlich lang. Aber auf der Habenseite steht dafür für uns eine Eisenbahn als Verkehrsmittel, das sich seit fast 180 Jahren bewährt hat und in der Zukunft noch mehr an Bedeutung gewinnen wird. Wir können dem Ersten Nachtrag zum Staatshaushaltsplan 2013/2014 daher zustimmen.

Ich komme noch einmal auf eine Frage zurück, die vorhin in der Debatte gestellt wurde: Wo kommen die Einnahmen her? Das sind natürlich Regionalisierungsmittel. Allerdings müssen wir auch unsere Steuereinnahmen berücksichtigen. Die Koalition hat im Rahmen dieses Nachtragshaushalts einen weiteren Antrag dazu gestellt, der sich auch auf die für heute vorgesehene Aktuelle Debatte zur Steuerpolitik bezieht, die inzwischen leider von der Tagesordnung abgesetzt wurde. Das wäre ein schönes Geschenk an uns gewesen. Daher bauen wir es jetzt mit in den Haushalt ein.

Die aktuellen Vorkommnisse in den letzten Tagen haben gezeigt, dass einige prominente und hoch angesehene Mitbürgerinnen und Mitbürger

(Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Einige? Wer ist da noch dabei? Wissen Sie da noch mehr? – Gegenruf des Abg. Martin Rivoir SPD: Beckenbauer!)

auf Kosten des Allgemeinwohls Steuern hinterziehen. Das Gerechtigkeitsgefühl der ehrlichen Steuerzahler ist erschüttert. Ich beziehe mich nicht nur auf diejenigen, die Konten in der Schweiz haben, sondern – das haben wir durch die Journalistenrecherche gesehen –

(Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Ostalb!)

auch auf die Steuervermeidung durch Abschleicher in Steueroasen.

Meine Damen und Herren, Steuerbetrug und Steuerhinterziehung sind ein Verbrechen und kein Kavaliersdelikt.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Man kann auch in Baden-Württemberg Steuern hinterziehen! Überall!)

Dagegen muss der Staat mit der ganzen Härte des Gesetzes vorgehen. Das deutsch-schweizerische Steuerabkommen der schwarz-gelben Bundesregierung dazu wäre jedoch ein falscher Schritt gewesen. Es hätte Steuerhinterziehern den Schutz der Anonymität und Straffreiheit gewährt.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Was hat das mit dem Nachtrag zu tun? Haben wir den Punkt nicht abgesetzt?)

Es hätte die Steuermoral der ehrlichen Steuerzahler erschüttert und die Arbeit der Steuerfahnder in unserem Land untergraben. Es ist deshalb richtig – und das ist der Kern unseres Antrags –, weitere Daten-CDs anzukaufen

(Abg. Martin Rivoir SPD: Genau!)

(Klaus Maier)

und den Druck auf Steuerbetrüger und Schwarzgeldbesitzer aufrechtzuerhalten.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Dieser Druck wirkt auch auf Banken und Staaten. Wir befinden uns momentan in einer guten Situation. Die Schweiz nimmt gerade einen Plan B zur Hand. Dort müssen Kontoinhaber erklären, woher das Geld kommt, und wenn sie das nicht können, werfen die Banken sie raus.

Luxemburg und Österreich bewegen sich in Sachen Bankgeheimnis. Wir greifen wohl nicht alles Geld ab. Aber unsere Situation ist nach Ablehnung des Steuerabkommens besser als zuvor.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: So ist es! – Abg. Karl Zimmermann CDU: Das stimmt halt nicht!)

Steuerhinterziehung hat mit dem aktuellen deutschen Steuerniveau nichts zu tun. Die betreffenden Leute spekulieren einfach auf einen Steuersatz von null. Darum appelliere ich an das Finanzministerium, an den Minister und den Staatssekretär, selbst Steuerdaten-CDs anzukaufen oder sich an deren Ankäufen zu beteiligen.

(Unruhe)

Wir brauchen dieses Geld. Wir haben große Lücken im Haushalt. Es ist sehr mühsam, unsere Haushalte auszugleichen. Wir müssen sparen. Man sieht das allenthalben. Deswegen appelliere ich an das Parlament, unserem Antrag, den wir, die Koalitionsfraktionen, gestellt haben, zuzustimmen und damit die Regierung zu ermächtigen, Steuerdaten-CDs aufzukaufen oder sich an deren Erwerb zu beteiligen.

(Beifall der Abg. Muhterem Aras und Andreas Schwarz GRÜNE)

Dann haben wir auch wieder Einnahmen, um unsere Aufgaben gut erledigen zu können.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Karl Zimmermann CDU: Wenn wir den Verkäufer der CD hinterher festnehmen, bin ich einverstanden!)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Fraktion der FDP/DVP erteile ich Herrn Abg. Haußmann das Wort.

Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Der vorliegende Nachtragshaushalt umfasst zwei Punkte. Der erste Punkt betrifft das Thema „Schienenpersonennahverkehr in Baden-Württemberg“. Mit diesem Nachtragshaushalt betritt man bei diesem Thema in Baden-Württemberg Neuland. Schon in der ersten Lesung bin ich darauf eingegangen, dass wir diesen neuen Weg vom Grundsatz her mit beschreiten.

Der Vergabekalender sieht für die nächsten Jahre ein Volumen von 80 Millionen Personenkilometern vor. Das ist eine gewaltige Summe. Wenn wir uns die Dimensionen des Haushalts anschauen, dann erkennen wir, über welche Beträge wir spre-

chen. Es gibt Garantiermächtigungen bis zu 2,27 Milliarden € für 2013 und 3,35 Milliarden € für 2014. Daneben gibt es Verpflichtungsermächtigungen für Beschaffungen über 760 Millionen € für 2013 und 1,315 Milliarden € für 2014 und schließlich auch Verpflichtungsermächtigungen für Ausschreibung und Vergabe von Verkehrsleistungen über 6,3 Milliarden € für 2013 und 7,57 Milliarden € für 2014.

Angesichts dieser Dimensionen haben wir schon im Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft den Antrag gestellt, den Ausschuss für Verkehr und Infrastruktur sowie den Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft bei konkreten Ausschreibungen von Verkehrsleistungen im Schienenpersonennahverkehr zu beteiligen.

Der Rechnungshof – das kann ich bestätigen, Herr Kollege Maier – hatte im Prinzip zugestimmt, dass man diesen Nachtragshaushalt so verabschieden kann. Ich darf das aber noch ergänzen, Herr Maier – Sie haben darauf verzichtet, das darzustellen –: Der Rechnungshof hat auch klar ausgedrückt, dass er das mit dem Antrag der FDP/DVP verfolgte Anliegen sehr gut nachvollziehen könne und Verständnis für das Begehren habe, das Parlament bei diesem Ablauf zu beteiligen.

Wir haben unseren ursprünglichen Antrag entsprechend einem Anliegen, das auch der Minister für Finanzen und Wirtschaft im Ausschuss gutgeheißen hat, geändert. Der Minister für Finanzen und Wirtschaft hatte im Ausschuss erklärt, dass es im Sinne der Transparenz sei, das Parlament und damit auch die Opposition zu beteiligen. Er begrüßte den Vorschlag, im Vorfeld einer Ausschreibung z. B. über Kriterien wie Netzzuschnitt und Lose zu berichten. Wir haben unseren Antrag entsprechend geändert.

Nach den Äußerungen bei der Beratung des Nachtrags im Ausschuss müsste im Prinzip jeder von Ihnen heute unserem Änderungsantrag zustimmen. Dies gilt auch vor dem Hintergrund, dass das Verkehrsministerium zu unserem Antrag Drucksache 15/2107, den wir zum Thema „Transparenz im öffentlichen Schienenpersonennahverkehr“ gestellt haben, folgendermaßen Stellung genommen hat – ich zitiere –:

Die Landesregierung misst der Transparenz der Ausschreibungs- und Vertragsbedingungen für Leistungen im öffentlichen Schienenpersonennahverkehr einen sehr hohen Stellenwert bei.

Wir halten es für wichtig, diesen neuen Weg zu beschreiten. Er ist notwendig, weil heute Wettbewerber der Deutschen Bahn große Schwierigkeiten haben, Fahrzeuge zu finanzieren. Die Laufzeiten der Verkehrsverträge liegen bei zwölf bis 15 Jahren, die Laufzeiten von Fahrzeugen bei 25 Jahren oder mehr. Es gibt enorme Schwierigkeiten, die Fahrzeuge bei einer Bank zu finanzieren. Deswegen halten wir es für richtig, dass das Land Baden-Württemberg diesen Weg geht.

Warum wollen wir jetzt zusätzliche Transparenz? Herr Kollege Schwarz, Sie haben auf Bayern verwiesen. In Bayern ist das in dieser Form nicht enthalten, weil dort immer nur Einzelprojekte beschlossen werden.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Beschließen sie die im Ausschuss? Sicher nicht! Das wird im CSU-Arbeitskreis beschlossen!)

(Jochen Haußmann)

Dort ist keine Verpflichtungsermächtigung über eine solche Milliardensumme ausgebracht, sondern es wird bei der einzelnen Vergabe jeweils über das Einzelprojekt entschieden.

Im letzten Nachtragshaushalt in Bayern betrug das Volumen für den „Ringzug West“ 200 Millionen €. Das sind andere Dimensionen, als wenn wir der Landesregierung für die nächsten Jahrzehnte freie Hand geben würden, selbst zu entscheiden. Deshalb haben wir den Antrag gestellt.

Ich kann nur noch einmal daran erinnern, dass der Rechnungshof bestätigt hat: Gerade weil wir einen neuen Weg beschreiten, ist es wichtig, dass das Parlament und die zuständigen Ausschüsse beteiligt werden, wenn es zu den entsprechenden Ausschreibungen kommt.

Ich möchte kurz auf den zweiten Punkt eingehen, die zusätzliche Ausgabenermächtigung im Bereich der Erstattungsleistungen für Aufnahme, Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen: Die Notwendigkeit sehen wir aufgrund der steigenden Zahl der Flüchtlinge ganz genauso. Aber ich möchte darauf hinweisen, dass es allerhöchste Eisenbahn ist, den Gesetzentwurf zur Novellierung des Flüchtlingsaufnahmegesetzes, der auch Art und Maß der Unterbringung regelt – die Eckpunkte wurden bereits 2012 festgelegt –, auf den Weg zu bringen. Ehe Sie mit Ihrem Entschließungsantrag wieder auf den Bund zeigen, machen Sie erst einmal Ihre eigenen Hausaufgaben.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU)

Herr Kollege Maier, Sie haben einen weiteren Entschließungsantrag zum Ankauf von „Steuer-CDs“ eingebracht. Zunächst einmal muss ich sagen, dass dieser Antrag im Zusammenhang mit dem Nachtragshaushalt überhaupt nicht in die Tagesordnung passt.

(Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Zum Zeitgeschehen passt er aber!)

Ihren Aufruf zum staatlichen Rechtsbruch, auch zum Kauf illegaler „Steuer-CDs“, wird die FDP als Bürgerrechtspartei nicht mittragen.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Da entdeckt ihr plötzlich euer Herz für Bürgerrechte! Meine Güte!)

Klar ist: Für alle gelten dieselben Gesetze – das ist keine Frage –, auch für Prominente.

(Abg. Klaus Maier SPD: Von wegen!)

Jeder muss Steuern zahlen. Wenn er dann mit dem Gesetz in Konflikt gerät, muss er mit Konsequenzen rechnen. Ihr Antrag, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist reiner Populismus.

(Abg. Walter Heiler SPD: Ach was!)

Die rot-grüne Bundesregierung hatte schon unter dem damaligen Kanzler Schröder eine Amnestieregelung erlassen, als man versucht hatte, dem Herr zu werden. Aufgrund der großen Rechtsunsicherheit war man damit genauso erfolgreich wie der Kollege Steinbrück, der die Kavallerie schicken wollte. All das hat keinen Wert. Es bleibt dabei: Die im deutsch-

schweizerischen Steuerabkommen vorgesehene Regelung würde Rechtsklarheit bringen, und sie würde dem Bund und dem Land deutlich höhere Einnahmen verschaffen als das, was Sie mit dem zufälligen und strafbaren Ankauf von „Steuer-CDs“ vorsehen.

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Immer nur für die Steuerhinterzieher!)

Dafür gibt es für mich nur einen Begriff: Operative Hektik ist ein Zeichen geistiger Windstille.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU – Oh-Rufe von den Grünen und der SPD – Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Das ist so unterirdisch, was Sie von sich geben!)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Landesregierung erteile ich Herrn Staatssekretär Rust das Wort.

(Abg. Winfried Mack CDU: Zunächst!)

Staatssekretär Ingo Rust: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Nachdem wir, die Regierung, vom Präsidium angehalten wurden, uns ebenfalls kurzzufassen, werde ich für die Landesregierung zum Nachtragshaushalt sprechen und mich dabei an das Gebot der Kürze halten. Ich spreche deswegen die wichtigsten Themen an.

Was die Flüchtlingsunterbringung angeht, besteht, denke ich, große Einigkeit im Haus. Ich möchte deshalb nur noch einmal den Dank der Landesregierung zum Ausdruck bringen, dass die Fraktionen Zustimmung signalisiert haben.

Erlauben Sie mir zum Thema Verpflichtungsermächtigungen doch noch ein paar wenige Worte; denn es schmerzt mich auch als ehemaligen Finanzausschussvorsitzenden, wenn die Opposition jetzt kritisiert, wir würden nicht genügend Transparenz schaffen und die Haushaltsrechte des Landtags verletzen, und der Ansicht ist, auch die einzelnen Vergaben bedürften dringend einer Zustimmung. Da muss ich sagen: Sie haben über Jahre hinweg nichts von dem gemacht, Herr Mack –

(Abg. Winfried Mack CDU: Stimmt doch gar nicht!)

null Komma null Beteiligung im Einzelhaushalt jeweils. Die gibt es bei uns auch.

(Zuruf des Abg. Winfried Mack CDU)

Sie haben im Zeitraum 2002/2003 Verträge in Milliardenhöhe abgeschlossen – etwa in der Höhe, in der wir jetzt abzuschließen beabsichtigen –, ohne das Parlament auch nur in einem einzigen Punkt zu beteiligen – ohne Verpflichtungsermächtigungen, ohne Haushaltsermächtigungen, komplett ohne.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Wir hingegen wollen haushaltsrechtliche Klarheit schaffen und vom Haushaltsgesetzgeber ermächtigt werden, solche umfangreichen und lange wirkenden Verpflichtungen einzugehen. Das ist doch ein Fortschritt, ein Mehr und nicht ein Weniger an Haushaltsrecht für das Parlament. Sie können das kritisieren und sagen, dass es noch mehr sein könnte, aber das

(Staatssekretär Ingo Rust)

würde ich an Ihrer Stelle nicht tun, weil Sie über Jahre hinweg nichts von dem getan haben.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Wir haben uns außerdem einem gründlichen Verfahren verschrieben. Das hat auch einige Zeit gedauert; das gebe ich zu. Wir haben den Rechnungshof von Anfang an eng einbezogen. Wir haben uns das Ganze nicht einfach gemacht. Sie können schon davon ausgehen, dass das Finanzministerium besonders darauf geachtet hat, dass keine hohen Risiken eingegangen werden. Man hätte sich auch andere Modelle vorstellen können, durch die möglicherweise noch bessere Konditionen erreichbar gewesen wären. Aber wir haben risikoarme Varianten gewählt und das eng mit dem Rechnungshof abgestimmt. Ich finde, das ist ein vorbildliches Verfahren, das wir innerhalb der Regierung und in Abstimmung mit dem Rechnungshof gewählt haben. Also läuft auch dieser Vorwurf ins Leere.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Deshalb: Wir haben ein Mehr an Haushaltsklarheit und -wahrheit. Denn jetzt wissen wir wirklich, wie viel an Verpflichtungen auf uns zukommt. Die waren im Haushalt bisher nicht abgebildet. Wir wissen auch, welches Risiko auf uns zukommt. Es gibt ja einen Antrag der Regierungsfractionen, nach dem das Parlament regelmäßig über die abgeschlossenen Vergaben informiert werden soll. Ich denke, das ist ein gutes Verfahren.

Ein Wort noch zum Antrag der Regierungsfractionen, zur aktuellen Diskussion über Steuerdaten und zum Thema Steuerbetrug. Nur so viel noch einmal: Ich kann verstehen, wenn jemand kritisiert, dass der Staat Steuerdaten, die unter Umständen illegal erworben wurden, ankauft. Aber ich akzeptiere es nicht, wenn das diejenigen tun, die unter der CDU-FDP/DVP-Regierung zwar nicht selbst eine CD angekauft haben, aber den Ankauf der CD, die andere Bundesländer gekauft haben, mitfinanziert haben. Wenn Sie das kritisieren, was wir jetzt machen, dann muss ich Ihnen sagen: Sie haben genau das Gleiche gemacht.

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Die haben nur nicht den Mut, hinzustehen!)

Sie haben das Vorgehen nach außen verurteilt und gesagt: „Wir kaufen selbst keine CD an, aber wenn Nordrhein-Westfalen die CD ankauft, dann zahlen wir unseren Anteil.“ Da möchte ich jetzt einmal die Abgeordneten hören, die vorhin dazwischengerufen haben, das sei Hehlerei und das sei illegal. Dem haben Sie zugestimmt, meine Damen und Herren. Das haben Sie damals gemacht.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Wir stehen dazu. Diese Daten stehen dem Staat zu. Denn diese Daten hätte der Staat von den betreffenden Steuerpflichtigen von selbst bekommen müssen.

(Abg. Karl Klein CDU: Das ist keine Dauerlösung!)

Die Daten stehen dem Staat zu. Das ist auch schon gerichtlich behandelt worden, meine Damen und Herren. Ich muss das nicht alles noch einmal wiederholen, denn Sie wissen das. Gerichte haben schon darüber geurteilt, ob der Staat solche CDs ankaufen darf. Gerichte haben darüber geurteilt, ob der Staat

diese Daten dann verwerten darf. Beide Fragen wurden mit Ja beantwortet. Wir sind da also völlig auf der sicheren Seite, was den Rechtsstaat angeht.

Zwei Dinge sind mir da besonders wichtig. Erstens: Jedes Mal, wenn eine solche CD von einem Bundesland angekauft wird, steigt die Zahl der Selbstanzeigen dramatisch an. Da sieht man, dass allmählich ein Bewusstsein dafür geweckt wird. Das hat, wenn man so will, schon einmal präventive Wirkung.

Zweitens: Bei uns im Land darf der ehrliche Steuerzahler nicht der Dumme sein.

(Abg. Alexander Schoch GRÜNE: Genau!)

Deswegen müssen wir, was Steuerbetrug angeht, ganz klar das Signal „Null Toleranz“ aussenden. Denn nur so erreichen wir die Akzeptanz für unser Steuersystem.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Steuern, meine Damen und Herren, zahlt niemand gern. Das wissen wir alle. Wir werden nie eine so hohe Akzeptanz dafür erreichen, dass jeder gern zum Finanzamt geht und seine Steuern abliefern. Aber die Bürger müssen die Gewissheit haben, dass jeder die Steuern zahlt, die er zu zahlen hat, dass derjenige, der starke Schultern hat, mehr zahlt als der, der schwache Schultern hat.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das liegt im System begründet!)

Auch darf es nicht sein, dass derjenige, der starke Schultern hat, durch die Möglichkeit irgendeiner Verschieberei – ins Ausland oder in Steueroasen – auch noch bevorzugt behandelt wird. Deswegen, meine Damen und Herren, auch unser Nein zum Steuerabkommen. Denn ich sage Ihnen: Kein Steuerabkommen ist besser als ein schlechtes Steuerabkommen.

(Abg. Alexander Schoch GRÜNE: Genau!)

Durch dieses Steuerabkommen wären diejenigen, die ihr Geld in die Schweiz verschoben haben, gegenüber denjenigen, die in Baden-Württemberg ordentlich ihre Steuern bezahlt haben, bevorzugt behandelt worden.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Zuruf des Abg. Karl Klein CDU)

Wir haben gemacht, was in Baden-Württemberg über Jahrzehnte nicht gemacht wurde: Wir haben die Steuerverwaltung gestärkt, meine Damen und Herren.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Genau! Richtig!)

500 neue Stellen für die Steuerverwaltung haben wir versprochen, und zwei Drittel davon gehen dem Bereich der Steuerprüfung, das heißt, der Betriebsprüfung, zu. Jeder Steuerprüfer und jeder Steuerbeamte rechnet sich, und dadurch gewährleisten wir Steuergerechtigkeit in Baden-Württemberg – auch im Vollzug. Sie haben in der Steuerverwaltung in den letzten zehn Jahren 2 000 Stellen abgebaut, und wir bauen sie in Baden-Württemberg für mehr Steuergerechtigkeit wieder auf.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

(Staatssekretär Ingo Rust)

Das wird auch mehr zum Haushalt beitragen, weil wir dadurch mehr Einnahmen haben werden. Das tut unserem Land gut, und das tut auch dem Nachtrag gut.

Herzlichen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen
– Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Stelly. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Landesregierung erteile ich Herrn Verkehrsminister Hermann das Wort.

Minister für Verkehr und Infrastruktur Winfried Hermann: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! In fünf kurzen Punkten möchte ich noch Anmerkungen zu dieser Diskussion, insbesondere zum Verkehrsbereich, machen.

Erstens: Wo stehen wir heute? Wir haben heute den großen Verkehrsvertrag, den die alte Landesregierung im Jahr 2003 abgeschlossen hat. Das Land zahlt pro Jahr 438 Millionen € an die Deutsche Bahn, obwohl die CDU-FDP/DVP-Regierung 2003 keine Verpflichtungsermächtigung für den Verkehrsvertrag ausgewiesen hat, der ein Volumen von insgesamt etwa 7 Milliarden € ausmacht.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: So sieht es aus!)

Jetzt legen wir das offen – das ist Transparenz –; das haben Sie nie gemacht.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Sie beklagen die Verträge, über die wir heute diskutieren. Sie haben einen Vertrag über 14 Jahre abgeschlossen, der „wunderbare“ Konditionen wie 10,82 € pro Kilometer für die Deutsche Bahn beinhaltet. Damit werden die Züge, die Wagen und die Rendite der DB bezahlt. Sie machen uns den Vorwurf, dass wir ein Fahrzeugfinanzierungskonzept entwickeln. Es war aber bisher in der Kilometerpauschale beinhaltet, und das war ein fürstlicher Preis.

(Abg. Claus Schmiedel SPD zu CDU und FDP/DVP:
Für Silberlinge! Ihr habt die Silberlinge bestellt! –
Zuruf des Abg. Winfried Mack CDU)

Im ganzen Land wird so ein hoher Preis nicht gezahlt. Sie haben im Jahr 2003 in diesem Vertrag sogar zugelassen, Herr Mack, dass auch noch Silberlinge, die damals schon 30 Jahre alt waren, gefahren werden dürfen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Sie haben einen völlig unzulänglichen Vertrag ohne Haushaltsabsicherung abgeschlossen und Altfahrzeuge zugelassen, und jetzt beklagen Sie, dass wir das ändern. Wir werden in keinem Vertrag Silberlinge zulassen. Wir setzen auf Neufahrzeuge oder gebrauchte Neufahrzeuge.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD
– Abg. Winfried Mack CDU: Wie sehen denn Ihre
Pläne aus?)

Zweitens: Zum wiederholten Mal reden Sie von einem Ausschreibungskonzept, das bereits vorbereitet war und das wir

angeblich nicht genommen bzw. weggeredet hätten. Ja, es gab ein Ausschreibungskonzept, aber dieses war überhaupt nicht marktförmig, und es gab keinerlei Vorbereitung, wie man eine Fahrzeugfinanzierung leistet, damit es überhaupt zu einem Wettbewerb kommen kann. Deswegen mussten wir dieses Konzept überarbeiten. Dafür haben wir mithilfe von Experten, des Landesrechnungshofs, der Regierungsfractionen und des Finanzministeriums ein Jahr gebraucht. Am Ende ist ein Konzept herausgekommen, das alle im Ergebnis für tauglich und zukunftsfähig gehalten haben.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD
– Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Alle? – Zuruf
des Abg. Karl Klein CDU)

Drittens: In der ganzen Republik wird aufgrund der Schwierigkeiten im Markt für den Schienenpersonennahverkehr an Fahrzeugfinanzierungsmodellen gearbeitet, oder sie werden praktiziert. In Baden-Württemberg wurde unter Ihrer Regie genau diese Dimension der Entwicklung verschlafen oder nicht gewollt. Wir müssen das jetzt über Fahrzeugfinanzierungen oder über Kapitaldienstgarantien aufbauen. Wir haben zwei Optionen angeboten. Sie müssen nicht, können aber in Anspruch genommen werden. Wir geben eine Garantieerklärung ab. Deswegen haben wir es mit hohen Summen zu tun. Wir wissen nicht, wie es kommen wird. Es kann auch sehr viel günstiger werden. Außerdem müssen die Einnahmen gegengerechnet werden. Auch das wird die gesamte Summe reduzieren.

Viertens: Sie haben gesagt, dass wir heute gar nicht wissen, ob wir in Zukunft noch Geld bekommen. Sie haben im Jahr 2003 einen Vertrag abgeschlossen, obwohl Sie nicht wussten, ob die Regionalisierungsmittel weiter fließen.

(Abg. Karl Klein CDU: Doch, das haben wir gewusst! – Lachen bei den Grünen)

Es ist erstaunlich, dass das jetzt plötzlich unklar ist. Was ist aber die Lösung der ganzen Geschichte? Da zeigt sich, dass Sie nicht einmal in den Bereichen, die Sie selbst verantwortet haben, kundig sind. In die Verträge wurde nämlich aufgenommen: Sollten die Regionalisierungsmittel je ausfallen, gibt es die Möglichkeit, zu kürzen und auszusteigen. Diese Formulierung steht daher jetzt auch in den Verträgen. Wir gehen dennoch davon aus, dass es sich keine Regierung – unabhängig davon, wie sie zusammengesetzt ist – erlauben kann, in diesem Bereich drastisch zu kürzen.

Es steht eine deutliche Erweiterung der Regionalisierungsmittel an, weil es nicht sein kann, dass wir bei Trassen- und Stationsgebühren bei der Deutschen Bahn, bei den Infrastrukturunternehmen eine jährliche Preissteigerung um bis zu 7 % haben, dafür aber lediglich 1,5 % Ausgleich mehr erhalten. Auch das ist die Folge einer falschen Regelung in Ihrem alten Vertrag. Sie sind ferner Ihrer Verantwortung auf Bundesebene nicht gerecht geworden, hier nachzusteuern und nachzubessern. Auch hier gibt es viel zu tun.

(Abg. Winfried Mack CDU: Jetzt hören Sie endlich mit Schuldzuweisungen auf, und sagen Sie, was Sie machen wollen! Nichts hinbekommen und immer Schuldzuweisungen an andere! – Abg. Karl Zimmermann CDU: Aggressiv von A bis Z!)

(Minister Winfried Hermann)

Im Übrigen muss ich nochmals deutlich sagen: Gerade der Rechnungshof hat uns recht gegeben, dass wir solche Fahrzeugfinanzierungskonzepte entwickeln müssen. Er hat beide Konzepte, die wir haben, mitentwickelt und unterstützt sie.

Kommen wir zum fünften Punkt, zu Ihrem Antrag auf Offenlegung des Verfahrens. Hier muss ich sagen: Sie haben das Prinzip von Ausschreibungsverfahren überhaupt nicht verstanden. Wenn man diese so, wie Sie das möchten, vor der Entscheidung offenlegen würde, wäre das Verfahren kaputt. Dann würden sozusagen die Bedingungen derer, die sich bewerben, und unsere Möglichkeiten und Erwartungen öffentlich gemacht und könnten nicht mehr greifen. Wir wollen aber gerade einen Wettbewerb, bei dem Bieter nicht wissen, was der Mitbewerber zu bieten hat. Wir möchten dadurch insgesamt kostengünstigere Angebote für einen besseren Personennahverkehr in Baden-Württemberg erhalten.

Als Fazit kann ich festhalten: Ihre Angriffe – so oft Sie sie auch wiederholen – sind haltlos und gekennzeichnet durch eine unglaubliche Vergesslichkeit gegenüber der eigenen Praxis in den vergangenen Jahren und durch eine Unwissenheit in der Sache.

Ich sage Ihnen Folgendes: Die Landesregierung wird über dieses Ausschreibungsverfahren transparent berichten. Wir werden jedoch nicht den Fehler machen und durch unsinnige Informationen das Ausschreibungsverfahren unterlaufen und konterkarieren. Wir werden hier keinen rechtlichen Fehler machen. Wir nehmen unsere Regierungsverantwortung ernst. Wir überlassen dem Parlament aber nicht, was in der Regierungsverantwortung liegt. Sie müssen uns kontrollieren. Machen Sie das bitte richtig, aber nicht mit Polemik.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Meine Damen und Herren, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen in der Allgemeinen Aussprache vor.

Wir kommen daher in der Zweiten Beratung zur **E i n z e l - a b s t i m m u n g** über den Gesetzentwurf der Landesregierung über die Feststellung eines Nachtrags zum Staatshaushaltsplan von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2013 und 2014. Abstimmungsgrundlage dafür ist die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft, Drucksache 15/3364. Der Ausschuss empfiehlt Ihnen in Abschnitt I, dem Gesetzentwurf mit einer Änderung zuzustimmen. Die Änderungs- und Entschließungsanträge werde ich an der entsprechenden Stelle aufrufen und zur Abstimmung bringen.

Ich rufe nun auf

§ 1

Wer § 1 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Damit ist § 1 mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

§ 2

Die Fraktion der CDU hat eine absatzweise Abstimmung beantragt. – Sie sind damit einverstanden.

Ich lasse über Absatz 2 a abstimmen. Wer Absatz 2 a zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist Absatz 2 a einstimmig zugestimmt.

Ich lasse über Absatz 2 b abstimmen. Wer Absatz 2 b zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist Absatz 2 b mehrheitlich zugestimmt.

Ich lasse über Absatz 2 c abstimmen. Wer Absatz 2 c zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist Absatz 2 c mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe die beiden Änderungsanträge der Fraktion der CDU, Drucksache 15/3409-1, und der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 15/3409-3, auf, die die Einfügung eines neuen Absatzes 2 d begehren.

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/3409-1, abstimmen. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der CDU mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse nun über den Änderungsantrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 15/3409-3, abstimmen. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der FDP/DVP mehrheitlich abgelehnt.

Ich rufe auf

§ 3

Wer stimmt § 3 zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist § 3 einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

§ 3 a

Der Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft empfiehlt Ihnen in Abschnitt I seiner Beschlussempfehlung Drucksache 15/3364 die Einfügung dieses § 3 a nach § 3 des Gesetzentwurfs. Wer § 3 a in der Fassung der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist § 3 a in der Fassung der Beschlussempfehlung mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

§ 4

Wer stimmt § 4 zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist § 4 einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

§ 5

Wer stimmt § 5 zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist § 5 mehrheitlich zugestimmt.

Somit ist die Zweite Beratung abgeschlossen.

(Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch)

Wir kommen dann in der Dritten Beratung zur Abstimmung. Abstimmungsgrundlage sind die soeben in Zweiter Beratung gefassten Beschlüsse.

Ich rufe auf

§ 1

Wer stimmt zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist § 1 mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

§ 2

Wer stimmt zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist § 2 mehrheitlich zugestimmt.

§ 3

Wer stimmt zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist § 3 einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

§ 3 a

Wer stimmt zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – § 3 a ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

§ 4

Wer stimmt zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist § 4 einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

§ 5

Wer stimmt zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist § 5 mehrheitlich zugestimmt.

Die Einleitung

lautet: „Der Landtag hat am 24. April 2013 das folgende Gesetz beschlossen:“.

Die Überschrift

lautet: „Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Staatshaushaltsplan von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2013 und 2014“. – Sie stimmen der Überschrift zu.

Wir kommen zur

Schlussabstimmung

Wer dem Gesetz im Ganzen zustimmen möchte, den bitte ich, sich zu erheben. – Wer stimmt gegen das Gesetz? – Wer enthält sich der Stimme? – Damit ist das Gesetz mehrheitlich angenommen.

Wir haben noch über Abschnitt II der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft, Drucksache

15/3364, abzustimmen. Wer diesem Abschnitt zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist Abschnitt II der Beschlussempfehlung Drucksache 15/3364 einstimmig zugestimmt.

Ich stelle nun den Entschließungsantrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/3409-2, danach wegen des inhaltlichen Zusammenhangs den Entschließungsantrag der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der SPD, Drucksache 15/3409-5, und schließlich den Entschließungsantrag der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der SPD, Drucksache 15/3409-4, zur Abstimmung.

Ich lasse zuerst über den Entschließungsantrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/3409-2, abstimmen. Sind Sie damit einverstanden, dass wir über den Antrag im Ganzen abstimmen? – Das ist der Fall. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist der Entschließungsantrag Drucksache 15/3409-2 mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse nun über den Entschließungsantrag der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der SPD, Drucksache 15/3409-5, abstimmen. Sind Sie damit einverstanden, dass über den Antrag im Ganzen abgestimmt wird? – Das ist der Fall. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist diesem Entschließungsantrag mehrheitlich zugestimmt.

Wir haben noch über den Entschließungsantrag der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der SPD, Drucksache 15/3409-4, abzustimmen. Sind Sie damit einverstanden, über den Antrag im Ganzen abzustimmen? – Das ist der Fall. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist diesem Entschließungsantrag mehrheitlich zugestimmt.

Punkt 4 der Tagesordnung ist somit erledigt.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, bevor wir die Sitzung beenden, darf ich Sie noch auf eine Veranstaltung hinweisen. Um 13:00 Uhr findet die Eröffnung der Ausstellung „Ganze Perspektiven“ statt. Junge Patientinnen und Patienten der Nachsorgeklinik Tannheim sowie des Neurologischen Rehabilitationszentrums des Hegau-Jugendwerks Gailingen

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

haben in den vergangenen drei Jahren im Rahmen eines Kunstprojekts 33 Doppelkunstwerke zum Thema „Meine Landschaft“ erschaffen, welche ab sofort in der Eingangshalle des Landtags zu sehen sind. Zu der Ausstellungseröffnung „Ganze Perspektiven“ mit anschließendem Stehempfang darf ich Sie ganz herzlich einladen. Musikalisch umrahmt wird die Veranstaltung von Studierenden der Musikhochschule Stuttgart.

Die nächste Plenarsitzung findet am Mittwoch, 8. Mai 2013, um 10:00 Uhr statt.

Ich danke Ihnen und schließe hiermit die Sitzung.

Schluss: 12:22 Uhr